

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 28.02.2008 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm (bis 19.05 Uhr, Ziffer 2 A)

Stadtrat Lux

Stadtrat Rank

Stadtrat Schardt (ab 17.15 Uhr, Ziffer 2 A)

Stadträtin Schwab

Stadträtin Stocker

Stadtrat Straßberger

Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Arayici

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Jeschke

Stadtrat Dr. Kröckel (ab 17.10 Uhr, Ziffer 2 A)

Stadtrat Mahlmeister

Stadträtin Sagol

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Lorenz

Stadtrat May (ab 17.13 Uhr, Ziffer 2 A)

Stadtrat E. Müller

Stadtrat S. Müller (ab 17.55 Uhr, Ziffer 2 B)

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

„parteilos“

2. Bürgermeisterin Gold

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner

Frau Heger

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Haag

Stadtrat Heisel

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Entlassung des Feldgeschworenen Richard Sattes aus seinem Ehrenamt

Mit 25 : 0 Stimmen

Dem Antrag des Herrn Richard Sattes, Michelfelder Weg 26, Kitzingen-Hohenfeld, auf Entlassung aus seinem Ehrenamt als Feldgeschworener in Kitzingen-Hohenfeld aus Alters- und Gesundheitsgründen wird gemäß Art. 19 Abs. 4 i. V. m. Art. 19 Abs. 2 GO stattgegeben.

2. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2008, das Investitionsprogramm 2007 - 2011 und die Finanzplanung 2007 - 2011 sowie über den Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen

A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt kurz an verschiedenen Folien dar, wie sich nach den Änderungen durch die Haushaltsberatungen, der Haushalt 2008 sowie das Investitionsprogramm für 2007 – 2011 zusammensetzt.
Die Folien von Berufsmäßigen Stadtrat Rodamer liegen der Niederschrift als Anlage bei.

B. Oberbürgermeister Moser hält nun seine Haushaltsrede zum Haushalt 2008. Diese liegt der Niederschrift als Anlage bei.

C. Haushaltsreden der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein hält als Nächster die Haushaltsrede der CSU, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene verliest die Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion. Die Haushaltsrede der SPD liegt dieser Niederschrift bei.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Nun hält Stadtrat Schmidt die Haushaltsrede der UsW-Stadtratsfraktion. Auch diese Rede liegt dem Protokoll bei.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Die Haushaltsrede der FW wird von Stadträtin Wallrapp vorgetragen. Die Rede ist der Niederschrift beigefügt.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad verliest die Haushaltsrede der KIK-Stadtratsgruppe, die ebenfalls dem Protokoll beigefügt ist.

f) Ausschussgemeinschaft Gold/ödp

Nun hält Stadträtin Schmidt die Haushaltsrede der Ausschussgemeinschaft. Die Rede ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

D. Mit 26 : 2 Stimmen

A) Haushaltssatzung

Aufgrund des Art. 63 ff der Gemeindeordnung und des § 6 der Stiftungssatzung erlässt die Stadt Kitzingen folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird hiermit festgesetzt:

er schließt im	<u>Verwaltungshaushalt</u>	
	in den Einnahmen und Ausgaben mit	37.463.435 €
und im	<u>Vermögenshaushalt</u>	
	in den Einnahmen und Ausgaben mit	20.550.200 €
ab.		

Der als Anlage beigefügte Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen für das Haushaltsjahr 2008 wird hiermit festgesetzt:

er schließt im	<u>Verwaltungshaushalt</u>	
	in den Einnahmen und Ausgaben mit	32.344 €
und im	<u>Vermögenshaushalt</u>	
	in den Einnahmen und Ausgaben mit	35.366 €
ab.		

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 1.950.000 € festgesetzt.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für den Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wird auf 9.995.000 € festgesetzt.

Im Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen werden keine Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehende Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1.	<u>Grundsteuer</u>	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betrieb (A)	315 v. H.
	b) für die Grundstücke (B)	315 v. H.
2.	<u>Gewerbsteuer</u>	360 v. H.

§ 5

1. Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben

nach dem Haushaltsplan wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

2. Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen werden nicht beansprucht.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2008 in Kraft.

B) Haushaltsplan

Der Stadtrat genehmigt für das Haushaltsjahr 2008 den Entwurf des Haushaltsplanes in der vorgelegten Fassung, bestehend aus:

- Gesamtplan
- Einzelpläne des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts mit Deckungsvermerken und sonstigen Vollzugsbestimmungen
- Sammelnachweisen
- Stellenplan

C) Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Stadtrat genehmigt den Finanzplan 2007 bis 2011 mit folgenden Summen:

für 2007	56.385.447 €
für 2008	58.013.635 €
für 2009	50.568.755 €
für 2010	52.852.765 €
für 2011	43.249.055 €

und das der Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm mit folgenden Summen:

für 2007	17.995.000 €
für 2008	20.550.200 €
für 2009	14.509.800 €
für 2010	15.145.000 €
für 2011	6.162.500 €

D) Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen

Der Stadtrat genehmigt für das Haushaltsjahr 2008 den Entwurf des Sonderhaushalts der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen in der vorgelegten Fassung mit folgenden Summen:

Verwaltungshaushalt	32.344 €
Vermögenshaushalt	35.366 €

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 19.15 Uhr.

gez.

Oberbürgermeister

gez.

Protokollführer

Finanzverwaltung

Haushaltsentwurf 2008

-Kurzfassung -

- 1) Es gilt der Vorlagebericht vom 11.02.2008 unverändert weiter
- 2) Evtl. Änderungen erfolgen im Laufe des Jahres außerplanmäßig/überplanmäßig oder bei Bedarf durch Nachtragshaushalt
- 3) Volumen

	Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Insgesamt
2008	37.463.435 €	20.550.200 €	58.013.635 €
2007 - 2011	186.707.157 €	74.362.500 €	261.069.657 €

Mit diesem Volumen ist die Grenze des finanziell Machbaren erreicht.

4) Eckdaten Haushalt 2008

Gesamt-Zuführung	4.150.000 €
Mindest-Zuführung	1.971.000 €
Freie Finanzspanne	2.179.000 €
Schlüssel- und Finanzzuweisungen	5.163.000 €
Kreisumlage (46 % Hebesatz)	7.022.000 €
Personalkosten	10.598.430 €
Gewerbesteuer	5.350.000 €
Einkommensteuer	6.500.000 €
Baumaßnahmen und Investitionskostenzuschüsse	14.332.600 €
Zuschüsse von Bund und Land	6.048.350 €
Veräußerung von Grundstücken und beweglichen Sachen	4.832.000 €
Kreditaufnahmen	1.950.000 €
Kredittilgungen	1.970.650 €
Rücklagenentnahmen	218.350 €

5) Schuldenentwicklung

Schuldenstand per 31.12.2007 (incl. 2 Mio. € HER)	20.145.218 €
Schuldenstand per 31.12.2008 (incl. 2 Mio. € HER)	20.124.568 €
Schuldenstand per 31.12.2011 (incl. 2 Mio. € HER)	17.927.618 €
Nettoneuverschuldung 2007 - 2011 somit	- 2.217.600 €

6) Rücklagenentwicklung

Rücklagenstand per 31.12.2007	3.401.202 €
Rücklagenstand per 31.12.2008	1.473.800 €
Rücklagenstand per 31.12.2009	3.224.952 €
Rücklagenstand per 31.12.2011	3.228.652 €
Mindestrücklage zur Zeit	332.000 €

Analyse der Finanzsituation der Stadt

1) Bisheriges Ergebnis 2007

Einmalige Ergebnisverbesserung durch Netto-Mehrung der Gewerbesteuer um rd. 3,2 Mio. €. Wird zur Haushaltskonsolidierung verwendet.

2) Aktuelle Situation des Jahres 2008

Für das Jahr 2008 werden die gesteckten Ziele im Haushaltsplan-Entwurf erreicht:

- keine Steuererhöhungen
- Erwirtschaftung der Mindestzuführung (1,97 Mio. €) sowie darüber hinaus einer freien Finanzspanne (2,18 Mio. €)
- Nettoneuverschuldung 0

3) Das Jahr 2009 entwickelt sich zum Problemjahr, da hier die hohe Gewerbesteuereinnahme des Jahres 2007 zu verkraften ist (hohe Kreisumlage und niedrige Schlüsselzuweisungen bei durchschnittlicher Gewerbesteuer). Die Zuführung zum Vermögenshaushalt wird um rd. 1,5 Mio. € verfehlt und durch eine Rücklagenentnahme in dieser Höhe ersetzt.

4) Das Jahr 2010 erwirtschaftet neben der Mindestzuführung eine freie Finanzspanne, die es ermöglicht, eine Rücklagenzuführung in Höhe der letztjährigen Entnahme durchzuführen.

5) Das Jahr 2011 erwirtschaftet neben der Mindestzuführung noch eine kleine freie Finanzspanne. Es ist im Investitionsbereich reduziert wegen der Durchführung der "Natur in der Stadt".

6) Risiken für die Jahre 2008 - 2011

- Gehen die geplanten Verkaufserlöse aus der Grundstücksvermarktung ein?
- Wie entwickeln sich die Verwaltungshaushalte (Steuern, Schlüsselzuweisungen, Gewinne Stadtbetriebe GmbH) und damit die Zuführungen?
- Wie entwickeln sich die Investitionszuschüsse des Staates?
- Was muss zusätzlich in das Investitionsprogramm aufgenommen werden (Verschieben von HAR)?

Handlungsempfehlung

1) Investitionsprogramm 2008 - 2010 (50 Mio. €)

- müsste eigentlich ohne den Fixpunkt "Natur in der Stadt" zum Teil in die Jahre 2011/2012 verschoben werden
- Finanzierung mit Risiken behaftet
- nur durch einen finanziellen Kraftakt zu schultern

2) Zusätzliche Ausgaben/Mindereinnahmen in 2008 - 2010

nur zu finanzieren durch:

- Streichung und Verschiebung von Maßnahmen der Jahre 2008 - 2010

Höhere Kreditaufnahmen oder Rücklagenentnahmen zur Finanzierung sind im Hinblick auf die ohnehin vorhandenen Risiken aus der Sicht der Finanzverwaltung nicht der richtige Weg.

3) Ziele für die nächsten Jahre

- weiterhin konsequent den Haushalt konsolidieren
- die Rücklagen aufstocken
- einen Verschuldungsspielraum erhalten (durch Senkung der Schulden)

Schlussfeststellungen

1. Die Finanzlage der Stadt ist geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist gegeben
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2011 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig

Haushaltsrede 2008

Anrede,

Nichts ist beständiger als der Wandel!

Diese Erkenntnis fand ihre Bestätigung, als in den 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den deutschen Städten und Gemeinden das Thema „Strukturwandel“ Eingang fand.

Als Ursachen für die sich abzeichnenden Veränderungen wurden ausgemacht:

- die Globalisierung (der Wirtschaft);
- der Zusammenbruch des sog. „real-existierenden Sozialismus“ mit der daraus resultierenden Vereinigung der beiden Deutschen Staaten;
- der sich abzeichnende weltweite Klimawandel mit seinen Folgen und
- die veränderte demographische Entwicklung.

Als politische Lösungsansätze kamen ins Gespräch und wurden angemahnt:

- Eine nachhaltige Entwicklung (Rio 1992) mit den 3 Aspekten der ökonomischen, ökologischen und sozialen Tragfähigkeit;
- eine stärkere Bürgerorientierung, die Planungsbetroffenen Mitspracherechte einräumt und Interessengegensätze (-divergenzen) versucht auf „friedliche“, diskursive Weise beizulegen („Betroffene zu Beteiligten machen“; Interessenabwägung);

- und gleichzeitig wandten sich die ersten Kommunen, zunächst vor allem ausgelöst durch ein Wegbrechen der Finanzspielräume, der Modernisierung der Verwaltung zu (**Neues SteuerungsModell**) und der Daueraufgabe „Haushaltskonsolidierung“.

Anrede,

der Totalabzug der amerikanischen Streitkräfte aus unserer Stadt in 2006 war Ausdruck und Folge („Spätfolge“) dieses Strukturwandels. Dem hatten wir, Stadtrat und Verwaltung gemeinsam, unterstützt von unserem Berater Drees & Sommer / P4 rechtzeitig durch die Erarbeitung und Verabschiedung (Ende 2006) des **ISEK** vorgebeugt.

Dankenswerter Weise wurden wir in das Förderprogramm „Stadtumbau West“ aufgenommen und konnten darüber hinaus erreichen, dass durch die Einbeziehung des sog. „Demographiefaktors“ der Einwohnerverlust, durch den Abzug der US-Streitkräfte bei den Schlüsselzuweisungen über fünf Jahre abgemildert wird.

Die seit geraumer Zeit anhaltende positive, allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich seit 2006 in einem zufriedenstellenden Gesamtsteueraufkommen der Stadt Kitzingen wider, dass sich zwischen 21.848.328 € (RE 2006) und 21.180.000 €(Entwurf 2008) bewegt.

Dabei nimmt erfreulicherweise der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einen zunehmend größeren Prozentsatz ein (RE 2006: 24,5 % - RE 2007: 29 % - Entwurf 2008: 31 %) – für 2008 sind dafür allerdings auch gesetzliche Faktoren verantwortlich.

Die Gewerbesteuerereinnahmen stellen sich seit 2006 wieder erfreulich dar (RE 2006: 6.300.483 € – RE 2007: 11.663.754 € - Entwurf 2008: 5.350.000 €).

Ein besonders herzliches Dankeschön bereits an dieser Stelle den wirtschaftlich Handelnden in unserer Stadt und Region für ihren guten Beitrag zum finanziellen Wohl unserer Stadt und ihrer Menschen. Mein Dank gilt Ihnen, den UnternehmerInnen, den Beschäftigten und den KonsumentInnen – Sie alle haben zu diesem guten Ergebnis beigetragen.

Die Schlüsselzuweisungen leisten auch in diesem Jahr einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung des Haushaltes der Stadt Kitzingen. Mit 4.815.000 € tragen sie einen Anteil von 23 % zum Gesamtsteueraufkommen bei und ermöglichen damit eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von 4,3 Mio. €. Bei einer Mindestzuführung von rund 1,97 Mio. € eröffnet sich damit eine sog. freie Finanzspanne von rund 2,33 Mio. €.

Auf diese Weise trägt die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zu 21,09 % zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2008 bei.

Bei Kreditaufnahmen von 1,95 Mio. € und gleichzeitigen Tilgungsleistungen von 1,97 Mio. € ergibt sich auch für den Haushalt 2008 eine Nettokreditaufnahme von 0 (genau: - 20.000 €)! Der Rücklagenstand bleibt mit rund 3,2 Mio. € konstant.

Das Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts 2008 beläuft sich auf 37.384.735 € und ist damit um 2,6 % geringer als für den Haushalt 2007.

Der Vermögenshaushalt erreicht rund 20,55 Mio. € und übertrifft mit diesem Investitionsanteil von rund 35 % den von 2007, der mit 31,9 % bereits sehr ehrgeizig war.

Damit erreichen wir die Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit und zählen gleichermaßen auf erhebliche Refinanzierungserlöse durch Grundstücksverkäufe und staatliche Zuschüsse.

Dennoch ist dies ohne Alternative. Es wäre vielmehr fahrlässig, wenn wir die gegenwärtig guten Gegebenheiten nicht nützten, die da sind:

1. Eine vergleichsweise gute Zuschusslage mit erheblich gefüllten Fördertöpfen, und
2. eine gleichfalls relativ positive Finanzsituation des städtischen Haushalts.

Darüber hinaus haben wir zwei besondere Anlässe, von denen einer den strammen Zeitrahmen vorgibt – und eine Langzeitaufgabe, die der Vollendung harret. Zum einen haben wir uns durch das ISEK die zu „beackernden“ Handlungsbereiche selbst vorgegeben:

1. Optimierung der Erreichbarkeit unserer Stadt
2. Aufwertung Kitzingens als Wirtschafts- und Wohnstandort
3. Stärkung der Innenstadt und des Stadtbildes
4. Impulse setzen für den Tourismus

Zum anderen ist das Jahr 2011, zu dessen Mitte die kleine Landesgartenschau, Natur in Kitzingen, stattfinden wird ein Zielpunkt. Allein 5 der ab diesem Jahr beginnenden Investitionsmaßnahmen stehen damit in Zusammenhang. Sie decken dabei gleichermaßen die Handlungsbereiche des ISEK ab. Die Langzeitaufgabe Nordtangente wird uns dabei begleiten – zuerst mit der Vollendung des BA 1 und anschließend mit dem BA 2b, der kreuzungsfreien Anbindung der ST 2272.

Anrede,

an dieser Stelle möchte ich mit dem gebotenen Nachdruck darauf hinweisen, dass wir mit diesen Maßnahmen in die Qualitäten und Potentiale unserer Stadt investieren, um die anstehenden Herausforderungen meistern und den Strukturwandel steuern und gestalten zu können.

Nur auf diese Weise wird es uns gelingen im Wettbewerb der Kommunen bestehen zu können.

Wir wollen mit unseren verbesserten Qualitäten und deren breiter Kommunikation auf uns aufmerksam machen, neue Betriebe bei uns ansiedeln, die zusätzliche Arbeitsplätze anbieten und neue Einwohner gewinnen. Auf diese Weise sollte und soll es uns gelingen, unser „Eigenkapital“ zu erhöhen, d. h. die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zu verbessern – durch eine Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen, eine Erhöhung des Gemeindeanteils der Einkommensteuer und eine Stärkung der Einwohnerzahl, die die Schlüsselzuweisungen maßgeblich beeinflusst.

Dies soll und wird unter Beachtung aller Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung geschehen.

Anrede,

erlauben Sie mir an dieser Stelle eine weitere Bemerkung.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ wird gelegentlich einseitig definiert und auf den Aspekt der „Ökologie“ beschränkt – dabei besteht seit dem Erdgipfel von Rio 1992 Einigkeit darüber, dass künftige, nachhaltige Entwicklungsprozesse ökonomisch, sozial und ökologisch tragfähig sein müssen. Die Effekte aller drei Aspekte sind daher vor einer Entscheidung im Einzelfall gegeneinander abzuwägen.

Das bedeutet z.B. im Zusammenhang mit der Entscheidung zur Sanierung des Bahnhofsumfeldes, dass die Frage bezüglich der Inanspruchnahme der Kleingartenflächen für Park&Ride nicht allein unter dem Blickwinkel des Wegfalls von Natur zu beurteilen ist. Wobei „Natur“ hier irreführend ist, weil bereits eine kulturelle, soziale Nutzung erfolgt.

Zum ökologischen Gesichtspunkt ist auch zu fragen:

- Wie viele zusätzliche Umsteiger auf den SPNV ergeben sich daraus?
- Und wie sieht die Ökobilanz weiter aus?

Die Beurteilung der ökonomischen Seite darf sich nicht allein auf den Bereich der zusätzlichen Kosten beschränken, die z.B. bei einer Parkdeck-Lösung ausgelöst werden.

Auch die Folgekostenabschätzung ist nötig. Gleiches ist bei der Abwägung der sozialen Betroffenheit zu leisten.

Letztlich sind alle drei überaus komplexen Bereiche gegeneinander abzuwägen. Daraus folgt – meine ich -, dass der simple Vorwurf der vermeintlichen Zerstörung von Natur dem Ganzen nicht gerecht wird. Ganz zu schweigen von der schlicht sachlich zu beurteilenden Frage der Verfügbarkeit der Flächen.

Ähnlich verhält es sich beim Thema Bürgerorientierung bzw. Bürgerbeteiligung. Allein von der positiven Beantwortung der Frage: „Sind Sie für den Erhalt der Kleingärten an dieser Stelle?“ abzuleiten, dass „der Bürger“ keine Park&Ride-Flächen an diesem Ort will, ist zu schlicht.

Das Ergebnis wäre mit Sicherheit anders, wenn „dem Bürger“ die Komplexität des Problems nahe gebracht würde. Auch hier geht es wieder um die Fragen:

- Flächenverfügbarkeit
- Folgekostenabschätzung für eine Alternative und deren städtebauliche Auswirkung
- Akzeptanz durch den Nutzer
- Alternativangebot für die Kleingartennutzer etc.

Anrede,

ähnliches ist bei einer weiteren Maßnahme zu bedenken, die ab dem Jahr 2008 neu begonnen wird – der Umgestaltung der Mainpromenade, der sog. „harten“ Kante des städtischen Mainufers. Nachdem wir, d. h. Mitglieder des Gremiums, der Verwaltung und Fachleute, uns auf Leitlinien der Planung geeinigt hatten – wurde dieser Rahmenplan dem Stadtrat und anschließend den Anwohnern der Uferpartie und der 2. Reihe, d. h. von Schrankenstraße über Alte Burgstraße, Gustav-Adolf-Platz, Fischergasse, Mainstockheimer Straße bis zur Nordbrücke vorgestellt. Auch an dieser Stelle geht es um Abwägung der Aspekte der nachhaltigen Entwicklung. Das muss die zukünftige Verkehrsführung ebenso mit einbeziehen, wie deren Auswirkung nicht nur auf die Umwelt, d. h. Minderung von CO₂-Ausstoß, Lärm etc. sondern auch auf das Umfeld.

Niemand wird widersprechen, wenn ich behaupte, dass im Bereich der Schrankenstraße nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch die vorhandene Bausubstanz – es gibt zugegebene Ausnahmen – dringend einer Aufwertung bedarf einerseits, als auch einer Umnutzung.

Nach Vollendung der Nordtangente haben wir die Möglichkeit, ja sogar die Verpflichtung – gerade auch im Sinne des Fördergebers – den Durchgangsverkehr aus diesem Stadtteil herauszunehmen. Dies soll und wird dazu dienen, den Wohnwert in diesem Quartier deutlich zu steigern, vorausgesetzt, die Immobilieneigentümer sanieren und modernisieren ihre Angebote.

Die Nachfrage nach Wohnraum am Wasser – sprich: am Main hat nicht nur bei Eingeweihten Konjunktur.

Mit anderen Worten ausgedrückt: die Umgestaltung der Mainpromenade erhöht nicht nur die Attraktivität unseres Stadtbildes und damit den Reiz für Gäste, sondern stärkt gleichermaßen den Wohnstandort Innenstadt, ermöglicht damit die Gewinnung neuer Einwohner und kann damit auch noch

das Kundenpotential für den innerstädtischen Einzelhandel erweitern etc.

Gleichfalls im Einzelplan 6, Bau- und Wohnungswesen, der mit 10 Mio. € fast die Hälfte der 20,55 Mio. € des Investitionshaushaltes ausmacht, findet sich eine weitere Maßnahme wieder, die nicht einfach unter der Rubrik „Brückenbau“ abzuhaken ist.

Anrede,

der in 2008 dringend durchzuführende Neubau der Brücke zur Mondseeinsel dient nicht nur der Erschließung und folglich Nutzung des Freibades. Diese Maßnahme ist im Zusammenhang mit der Sanierung bzw. Modernisierung unseres Hallenbades durch die Stadtbetriebe GmbH zu sehen. An diesem Standort wird ab dem Herbst diesen Jahres ein Gesundheits- und Freizeitangebot aus einer Hand entstehen, das über die Grenzen unserer Stadt und des Landkreises hinaus Gäste anlocken wird. Sie werden in der Folge auch andere bestehende Angebote nutzen, damit den Einzelhandelsstandort festigen und Arbeitsplätze sichern.

Gleichzeitig wird dieses Angebot in 2011, dem Jahr von NIK, ein attraktiver ergänzender Baustein sein, mit einem – wenn Sie so wollen – angestammten Besucherpotential. Mit anderen Worten ausgedrückt: der städtische Baukostenzuschuss im Einzelplan 5, Sport und Freizeit, von: in 2008, 300.000 € ist eine Investition in die gute, nachhaltige Entwicklung unserer Stadt.

Anrede,

wir werden im Haushaltsjahr 2008 eine weitere Maßnahme beginnen, die dafür zeichnet, dass der Einzelplan 2, Schulen, mit 2.274.050 € besonders hoch dotiert ist. Die Generalsanierung der D.-Paul-Eber-Schule löst in 2008 dabei eine Mittelbereitstellung von 2 Mio. € aus. Diese Maßnahme

sieht nicht nur eine einfache bauliche Sanierung vor, sondern war für uns Anlass – um dem Thema Klimawandel und dem damit verbundenen Anspruch auf, bzw. der Forderung nach CO₂-Minderung gerecht zu werden – für eine weitsichtige Entscheidung zur Förderung der Energieeffizienz. Der Einsatz von zusätzlich ca. 900.000 € zur Erreichung der EnEV-40% ist nicht nur unter ökologischem, sondern aufgrund der kurzen Amortisationszeit auch unter ökonomischem Gesichtspunkt die richtige Entscheidung.

Auf diese Weise stärken wir nicht nur den Schulstandort Kitzingen und festigen unsere Qualifikation als unverzichtbarer Bestandteil einer von 12 deutschen TOP-Regionen für Familien, sondern signalisieren damit deutlich, welchen Stellenwert wir dem aktiven Klimaschutz einräumen.

Dass wir darüber hinaus dem Megathema „Bildung“ einen ganz besonderen Rang beimessen, versteckt sich im Einzelplan 2 etwas unter der laufenden Nr. 39 des Investitionshaushaltes, wo es dazu lapidar heißt: „Hauptschule Siedlung, Speisesaal, Nebenräume (für Ganztagsklassen) Abwicklung über HAR“. Nachdem uns durch hartnäckiges „Nachsetzen“ für das laufende Schuljahr 2007/2008 die Einrichtung von sog. „gebundenen“ Ganztagsklassen an der Hauptschule Siedlung zugebilligt wurde, läuft – wie im vorausgehenden Fall – der zweite Versuch für die benachbarte Grundschule Gleiches zu erlangen. Beim ersten Anlauf sind wir, mit Verweis auf einen Ministerratsbeschluss gescheitert. Mit Datum vom 8. Februar 2008 haben wir den erneuten Versuch unternommen – unterstützt auch durch die Frau Landrätin.

Bekennen muss ich auch, dass sich mir die Logik nicht erschließt, die zur Begründung der zunächst nur zu genehmigenden 40 „Modell-Grundschulen“ herhalten musste – davon leider keine in Kitzingen. Wie sinnhaft ist die verstärkte Förderung des Spracherwerbs in Kindergarten und Hauptschule, wenn man für die Grundschule erst einmal

Erfahrungen sammeln will, ob in diesen 4 Jahren zusätzliche Förderung auch Sinn macht.

Geht man von Seiten des Staatsministers für Unterricht und Kultus etwa davon aus, dass in diesen wichtigen Jahren des kognitiven und effektiven Lernens, die Sprache eine untergeordnete Rolle spielt?

Alle ernsthaften, fachlichen Erkenntnisse gehen vom Gegenteil aus – und das bekannte Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ unterstreicht nachdrücklich die Tatsache, dass diese Erkenntnis nicht neu ist.

Wir gehen davon aus, dass der Herr Staatsminister sich diesem Sinnzusammenhang nicht dauerhaft verschließen können.

Wir begründen unsere Hartnäckigkeit auch hier mit dem Aspekt der nachhaltigen (sozialen) Entwicklung.

Gerade weil wir die Stärkung unseres Stadtteils Siedlung durch das Projekt „Meine Siedlung – unser Kitzingen“ im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ voranbringen wollen, sind Ganztagsklassen an der Grundschule Siedlung unabdingbar. Nicht umsonst weist der vbw darauf hin, dass Bildung der Schlüssel zum Erfolg ist – im persönlichen, wirtschaftlichen Bereich – und für die Gesellschaft. Bildung wirkt beispielhaft nachhaltig und ist am Bürger/Menschen orientiert.

Anrede,

dieser Verpflichtung tragen wir auch im Haushalt 2008 wieder Rechnung, indem wir bei den sog. laufenden Ausgaben (Verwaltungshaushalt) im Einzelplan 3, Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege, Mittel in Höhe von 1.172.866 € zur Verfügung stellen. Diese Summe hinter der sich u.a. die Defizitbudgets für unsere städtischen Kultureinrichtungen verbergen, dient in gleich beispielhaft positiver Weise der nachhaltigen und bürgerorientierten Entwicklung unserer Stadt.

Unsere hervorragend geführten und leistungsstarken Einrichtungen fördern darüber hinaus die touristische Attraktivität unserer Stadt und sind auch ein Entscheidungskriterium für die Ansiedlung von Betrieben, sowie die Gewinnung von NeubürgerInnen – d. h. sie stärken das städtische „Eigenkapital“.

Anrede,

auch die Finanzmittel im Einzelplan 4, Soziale Sicherung, des Vermögens- ebenso wie des Verwaltungshaushaltes dienen nicht allein dem sozialen Aspekt. Mit ihrem exzellenten Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und Jugendtreffs, hat unsere Stadt gleichfalls entscheidend dazu beigetragen, dass der Landkreis als TOP-Region für Familien ausgezeichnet wurde.

Damit verfügen wir über weitere attraktive Standortfaktoren, die wirtschaftliche und Einwohner bezogene Ansiedlungseffekte auslösen. Während wir im Vermögenshaushalt in 2008 vergleichsweise bescheidene 17.200 € zur Verfügung stellen – ohne den HAR für die Installation der Anlaufstelle für die Jugendarbeit in der Siedlung, so verdeutlichen die 1.937.624 € der laufenden Kosten im Verwaltungshaushalt eindrucksvoll, welch hohen Stellenwert wir einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Stadtentwicklung einräumen – und dies nicht erst seit gestern.

Dazu gehört im übrigen auch die Sorge für die MitbürgerInnen, die vorübergehend in Wohnungsnot geraten.

Die Mittel des Einzelplanes 1, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, zähle ich in gleicher Weise zum Aspekt Soziales. Unser städtisches Gemeinwesen kann nur wirklich funktionieren, wenn es u. a. auch Schutz und Sicherheit bietet. Das gewährleisten wir dadurch, dass wir im Vermögenshaushalt 556.000 € bereitstellen, z.B.

- zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses mit Löschwasserszisterne im Stadtteil Repperndorf und
- zur Beschaffung des LF 20/16.

Im Verwaltungshaushalt sind dies 914.905 €. Dabei spielen die Kosten für den Brandschutz eine glücklicherweise untergeordnete Rolle – dank der Tatsache, dass wir immer noch in den Genuss der Freiwilligkeit bei unseren Feuerwehren kommen. Daher möchte ich an dieser Stelle all den Frauen und Männern ganz herzlich danken, die sich in unserer Stadt für die Sicherheit der MitbürgerInnen bereithalten, ausbilden und fortbilden lassen, sowie im Ernstfall einsetzen. Sie bringen mit ihrem Engagement nicht nur ein Opfer, sondern sparen dem Gemeinwesen viel Geld.

Anrede,

einen für den Stadtteil Repperndorf wichtigen Beitrag leisten wir durch die Sicherung des Anwesens Eisgasse 6. Wir haben das Ortsbild prägende Anwesen gesichert, dienen damit der Revitalisierung und fördern auf diesem Wege gleichzeitig die Möglichkeit zur Identifikation für die BürgerInnen. Identifikation braucht Orientierung, also Orte und Wurzeln – sonst wird sie durch Beliebigkeit verdrängt und aufgelöst.

Daraus folgt, dass auch diese Maßnahme der sozialen Tragfähigkeit dient und ein gelungenes Beispiel für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt darstellt.

Anrede,

die mehrheitliche Entscheidung vom vergangenen 21. Februar 2008 zur Schaffung einer Betreiberstruktur für den zukünftigen Flugplatz Kitzingen und zur Revitalisierung der Konversionsflächen war nicht nur konsequent, sondern auch das Ergebnis der Abwägung aller Aspekte für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Sie komplettiert unsere

Verkehrsinfrastruktur und optimiert die Erreichbarkeit unserer Stadt. Sie ist Voraussetzung für mögliche Ansiedlungen an dieser Stelle und der daraus sich eröffnenden Gewinnung von NeubürgerInnen, sowie der daraus resultierenden Stärkung des städtischen „Eigenkapitals“.

Auf diesem Wege sichern wir gleichzeitig unsere kulturelle und soziale Infrastruktur – diese Entscheidung war im besten Sinn weitsichtig.

Anrede,

mit einer Gesamtsumme von 58.013.635 € ist der Haushalt 2008 Ausdruck unseres mehrheitlichen Ehrgeizes, den Herausforderungen des Strukturwandels in unserer Stadt mit einer nachhaltigen, bürgerorientierten Entwicklung zu begegnen und die Zukunft Kitzingens zu meistern.

Lassen Sie mich es nochmals wiederholen.

Wir investieren in die Qualitäten und Potentiale unserer Stadt, um als Mittelzentrum im Wettbewerb erfolgreich sein zu können – zum Wohle der wirtschaftlich Handelnden vor Ort, zum Wohle der Stadt und ihren BürgerInnen.

Wir tun dies im Bewusstsein, dass wir mit den verfügbaren Haushaltsmitteln wirtschaftlich umgehen und sie gleichzeitig nachhaltig einsetzen müssen. Wir tun dies darüber hinaus auch in der Überzeugung, dass die Konsolidierung des Haushaltes eine Daueraufgabe verbleibt.

Dies ist auch der Grund, weshalb wir uns seit vielen Jahren bemühen, die Verwaltung zu modernisieren, d. h. betriebs- und finanzwirtschaftliche Steuerungselemente zu nützen, sowie bürger- und mitarbeiterorientiert zu handeln.

In diesem Zusammenhang war es für mich im übrigen sehr erheiternd zu lesen, was ein Kandidat für meine Nachfolge im

Falle seiner Wahl in der Verwaltung alles „implementieren“ wollte – bis auf ein „Verwaltungsleitbild“ haben wir das alles schon, wenn auch noch nicht komplett: Von der Budgetierung über das Controlling, die HKR, die KLR, Kunden-/Bürgerbefragung, Mitarbeitergespräche, Vorgesetztenbeurteilung – ja, so dynamisch kann manchmal ein 10-jähriger Stillstand sein.

Eines ist Ihnen, liebe KollegInnen, in den letzten Wochen aber sicher bewusst geworden – welche positive wirtschaftliche Effekte die, bis auf wenige unbedeutende Ausnahmen, bereits flächendeckende Budgetierung zeitigt.

Dazu bedarf es natürlich auch einer ausreichenden Anzahl von gut ausgebildeten, und wohl motivierten MitarbeiterInnen – die sich darüber hinaus auch darauf verlassen können, dass man von ihnen nicht nur, was selbstverständlich ist, eine gute Leistung erwartet – sondern mit Ihnen auch fair und fürsorglich umgeht.

Anrede,

Sie können sicher sein, dass die MitarbeiterInnen bei der Stadt Kitzingen alle gut zu tun haben, niemand in einer Nische sitzt oder Zeit hat, Däumchen zu drehen.

Im Gegenteil, wie bereits in meiner Jahresschlussrede ausgeführt hat die Mitarbeiterbefragung vom vergangenen November deutlich gemacht, dass fast die Hälfte der Antworten (49%) auf die Aussage: Meine Arbeit ist innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit normalerweise zu erledigen! „teils, teils“ (29%) und „nein“ (20%) lautet. Dies macht klar, dass neue bzw. zusätzliche Aufgaben – z.B. für den Bereich ISEK/Konversion nicht so nebenbei von MitarbeiterInnen übernommen und gut erledigt werden können.

Dies gilt gerade auch für den Bereich der Planung und des Baurechts. Um die Konversion richtig steuern zu können, sind

eine planerische und vor allem auch enge rechtliche Begleitung unabdingbar. Dem tragen wir Rechnung und werden den zusätzlich nötigen Anteil an personeller Unterstützung für den Bereich Koordination und Wirtschaftsförderung in Kürze in personam anstellen.

Anrede,

Ihnen ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie sich immer wieder der sauren Mühe der komplexen Betrachtung und Abwägung aller Aspekte der nachhaltigen Entwicklung für unsere Stadt im Einzelfall unterziehen, und in der Folge mehrheitlich bereit waren – auch unter dem Aspekt der Bürgermitwirkung – die von mir dargelegten Entscheidungen zu treffen.

Sie tun dies im Bewusstsein unserer Verantwortung für unsere Stadt und ihre Menschen.

Herzlichen Dank für die ganz überwiegend sachbezogene Beratung und gute Beschlussfassung im Vorfeld und im Rahmen der Haushaltsberatungen. Die gute Vorbereitung durch die MitarbeiterInnen der Verwaltung war die nötige Grundlage für das Gelingen. Deshalb sage ich Ihnen, liebe MitarbeiterInnen, ganz herzlich Dankeschön – für Ihre engagierte, hervorragende Arbeit, die darüber hinaus auch noch innerhalb einer ehrgeizigen zeitlichen Vorgabe stand.

Das gilt besonders für die MitarbeiterInnen der Kämmerei, mit Frau Heger und Herrn Rodamer an der Spitze – für ihre, wie alljährlich mit Nachdruck fordernde, stets kostenbewusste und im Ergebnis exzellente Arbeit.

Danke aber auch den MitarbeiterInnen aus den anderen Ämtern, die Sie die Herausforderung erfolgreich angenommen haben.

Mein ausdrücklicher und besonderer Dank geht am Ende nochmals an Sie, die wirtschaftlich Handelnden in unserer Stadt, die UnternehmerInnen, die MitarbeiterInnen, sowie die Konsumenten, die Sie uns auf der Grundlage der gegenwärtigen Finanzierungsstruktur durch Ihr engagiertes Wirken die dringend nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Sie setzen uns in den Stand diese, unter Beachtung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und des bürgerorientierten, d. h., auch am Votum der Mehrheit orientierten Handelns zu Ihrem Nutzen und unser aller Wohl wieder einzusetzen.

Liebe KollegInnen,

unsere Stadt ist im Jahr „zwei“ nach dem Wegzug der Amerikanischen Streitkräfte nicht mehr nur gut aufgestellt, um den Herausforderungen des Strukturwandels erfolgreich begegnen zu können, sondern die Ergebnisse der beschlossenen Maßnahmen werden bereits sichtbar bzw. zeichnen sich ab – dies gilt auch für den Bereich der Konversionsflächen (Flugplatzbetrieb!), auch wenn wir uns dafür ein höheres Tempo wünschen.

Das Investitionsprogramm bis zum Jahr 2010 einschließlich ist ehrgeizig, ein finanzieller Kraftakt und wie das Leben an sich, nicht frei von Risiken.

Ich bin jedoch überzeugt, dass wir die Parameter auf die wir Einfluss nehmen können, so engagiert abarbeiten werden und es durch Entscheidungen bereits getan haben, dass es gelingen wird.

Auch Dank der nötigen und wiederholt zugesicherten Unterstützung/Förderung des Staates (Freistaat und Bund), der höchst kompetenten Zuarbeit durch unsere Partner/Berater – Drees & Sommer, P4, CDM, BimA – sowie die sich abzeichnende bzw. erhoffte Ansiedlung neuer Betriebe, die daraus resultierende Schaffung neuer Arbeitsplätze und Gewinnung neuer BürgerInnen.

Die Weichen sind erfolgreich gestellt – und die Züge/Ergebnisse auf dem Weg!

Liebe KollegInnen,

- die Finanzlage unserer Stadt ist geordnet
- der gesetzlich erforderliche Haushaltsausgleich ist gegeben
- und unsere finanzielle Leistungsfähigkeit ist in der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 nachgewiesen.

Bitte erteilen Sie daher

- der Haushaltssatzung mit HH-Plan 2008
- dem Investitionsprogramm 2007 bis 2011
- und der Finanzplanung 2007 bis 2011,

sowie dem Sonderhaushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Ihre Zustimmung!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit, Geduld und Unterstützung!



Böhmerwaldstraße 39 a
97318 Kitzingen
Tel.: 0 93 21/3 54 91 p
0 93 21/80 94 oder 80 95 d
Fax.: 0 93 21/2 26 53

Haushaltsrede

zum Haushaltsplan des Jahres

2 0 0 8

der Stadt Kitzingen

2008-02-28

Es gilt das gesprochene Wort!

Datei: HH Rede 2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Kollegen,

„Kitzingen – Eine Stadt in Bewegung“

so lautet die Überschrift des neuen Stadtprospektes. Das ist eine gute Beschreibung der Lage der Stadt Kitzingen im Hier und Heute. Jede und jeder in unserer Region spürt es, die Weichen werden neu gestellt. Diese malerische Kleinstadt am Main mit seinen attraktiven Standortvorteilen hat ein hervorragendes Potential, das sich ausschöpfen lässt. Der Altstadtkern mit seiner historischen Bausubstanz, die Wasserlage am Main, die bedeutenden Unternehmen mit einer ausgezeichneten Wertschöpfung, die „Kleine Gartenschau“, die Natur in der Stadt Kitzingen, sind u.a. die Potentiale, die unserer Stadt zur Verfügung stehen. Die Zeit der Entspannung in Europa ermöglichte Kitzingen das Image einer Garnisonsstadt abzustreifen. Das Stadtentwicklungskonzept ISEK, das im Stadtrat mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, zeigt uns den Weg, wie die Stadt Kitzingen sich weiter entwickeln kann.

Wir sollten bei allem Wandel

- Bewährtes erhalten
- und
- für Neues aufgeschlossen sein.

Das Gewerbesteueraufkommen in 2007 mit 11 Mio. € und einer Zuführung für 2007 mit 9 Mio. € hätte keiner erwartet. Die Stadt Kitzingen ist in der Lage, die Aufgaben, die vor ihr liegen, zuversichtlich anzugehen und in die Tat umzusetzen.

Mit diesen Vorbemerkungen wäre ich schon beim

Einzelplan 0:

Der Einzelplan 0 betrifft die obersten Gemeindeorgane. Ein oberstes Organ ist der Stadtrat. Der Stadtrat ist neben dem Oberbürgermeister als Leiter der Stadtverwaltung verantwortlich für Entwicklung dieser Stadt.

Ende des Jahres sprachen Sie, Herr Oberbürgermeister, von einer hohen Mitarbeiterbelastung. Dieser Hinweis ist wegen der Aufgabenfülle, die vor uns liegt ernst zunehmen. Der neue Stadtrat wird unter

Berücksichtigung der am 24. November 1998 einstimmig beschlossenen Zielvereinbarung eine Optimierung der Ablauforganisation herbeiführen müssen.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung ist zu danken, die sich engagiert in die Projekte Budgetierung, Controlling und Berichtswesen mit eingebracht und so zu einer bedeutenden Verbesserung der Steuerung des Haushaltes beigetragen haben.

Einzelplan 1:

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind die städtische Feuerwehr und die Stadtteilwehren zu nennen. Sie benötigen auch weiterhin die notwendige Unterstützung.

Die Feuerwehren in der Stadt und den Ortsteilen werden so ausgerüstet sein, dass die Aufgaben in der Brandbekämpfung und Hilfeleistung erfüllt werden können.

Das Feuerwehrgerätehaus in Repperndorf mit einer Investitionssumme von insgesamt 535.000 € wird in Angriff genommen. In 2008 sind 130.000 € in Ansatz gebracht.

Allen Feuerwehrdienstleistenden danken wir für ihre ehrenamtliche Hilfe, die für die Stadt ihr Bestes geben.

Einzelplan 2:

Der Einzelplan 2 betrifft die Schulen. Die Sanierung der Paul-Eber-Schule ist als notwendig anerkannt und im Haushalt 2008 mit 6,45 Mio. € als Gesamtinvestition veranschlagt.

Die Gesamtinvestition in diesem Bereich wurde 2006 noch mit 4,3 Mio. € berechnet.

Die beträchtliche Erhöhung ist neuesten Energiestandards geschuldet. Für die Zukunft sollte aber schon zu Beginn der ersten Planungsphase baulicher Maßnahmen festgelegt werden, welchen Energiestandards gefolgt werden soll.

Einzelplan 3:

Ich wende mich nun dem Kulturhaushalt zu.

Der deutsche Städtetag stellt fest, die Kulturpolitik hat sich gewandelt.

Das über drei Jahrzehnte verfolgte Ziel: „Kultur für alle“ sei neu zu bestimmen. Der Rückzug der Kommunen auf die Pflichtaufgaben führe zu einer Beschränkung auf die „kulturelle Grundversorgung“.

Die Stadt Kitzingen hat keine Beschränkung auf eine kulturelle Grundversorgung vorgenommen.

Das Angebot in der Alten Synagoge wird hervorragend nachgefragt.

Eine rege Nachfrage gibt es auch bei den Kursen und Veranstaltungen der VHS. Die Leiterin, Frau Angelika Küspert, führt seit Jahren diese beiden Einrichtungen in vorbildlicher Weise.

Die Musikschule bietet auf hohem Niveau Schülerinnen und Schülern einen motivierenden Unterricht. Freude an der Musik steht in lebendiger Verbindung mit zielgerichtetem Lernen.

Conradi, der deutschlandweit anerkannte Stadtplaner, erkannte schon vor mehr als 10 Jahren:

Das Mainufer vom Bootshaus bis zum Feuerwehrhaus ist untergenutzt. Neuerdings richtete das Büro Drees & Sommer unseren Blick auf diese nahezu brachliegende, etwas vernachlässigte und zu Stellplatzhaltern degradierte Stadtseite. Wegen der dortigen Stellplätze ist eine positive Entwicklung unterblieben.

Gleichzeitig bleiben jedoch große Teile des Parkplatzangebotes in der Tiefgarage unter dem Feuerwehrhaus ungenutzt.

Die Umgestaltung des Mainkais vom Bootshaus bis zum Feuerwehrhaus mit näherem Umfeld muss Anlass sein, an der Mainpromenade neue

Akzente zusetzen. Die Workshop Vorschläge enthalten die richtigen Ansätze und sind bis 2011 zu verwirklichen.

Einzelplan 4

Im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung - sind die Jugendpflege und die Kinderbetreuungseinrichtungen enthalten.

Die Stadt Kitzingen kann mit Stolz auf das vielfältige Angebot der vorschulischen Einrichtungen verweisen. Kinderkrippe, Kindergärten, in jedem Stadtteil, dort, wo sie gebraucht werden, Hort und Spielraum e.V. , Waldkindergarten, Mittagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe eröffnen Kindern und Eltern in ausreichendem Maße Betreuungsmöglichkeiten. Diese familienfreundliche Politik wurde in den Jahren ab 1990 von Dr. Erwin Rumpel und der CSU Kitzingen entwickelt und umgesetzt. Dies war ein Grundbaustein für die Aufnahme Kitzingens in die TOP Ten der familienfreundlichsten Städte in Deutschland.

Einzelplan 5:

Die Haushaltsansätze für Sport und Freizeit sind im Einzelplan 5 dargestellt.

Das Hallenbad war in die Tage gekommen. Reparaturen zur Erhaltung des Ist-Zustandes oder Investition in die Zukunft war die Frage.

Die Stadt hat die Zeichen der Zeit erkannt. Es wird mit dem neu gestalteten Hallenbad mit Saunalandschaft ein Angebot im Wellnessbereich möglich, das in Mainfranken seines Gleichen sucht. Die Nachfragepotentiale in diesem Bereich sind enorm.

Die ursprünglich kalkulierten Kosten weichen einschließlich Brückenbauwerk deutlich nach oben hin ab. Der weitere Verlauf der Baumaßnahmen wird zeigen, ob die bislang bei den Stadtbetrieben eingestellten Kosten ausreichend sind.

2011 beschäftigt uns schon heute. Die Weichen sind gestellt. Im Aktivitätenband auf der Etwashäuser Seite entsteht ein Dauer- und Ausstellungskonzept, das die städtebauliche, gartenbauliche und touristische Entwicklung des Mainvorlandes erheblich stärken wird. Die „Kleine Gartenschau“ , die Natur in der Main-Stadt Kitzingen ist mit Investitionskosten von 3,8 Mio. € und Zuschüssen von 1,6 Mio. € ein Zukunftsprojekt, das Kitzingen weit über die Stadtgrenzen bekannt machen wird.

Auf diesem Feld der Gartenschau kann Kitzingen vielen Besuchern zeigen, dass sie eine Stadt in Bewegung ist.

Einzelplan 6

Der Einzelplan 6 enthält die Bereiche Bau- und Wohnungswesen sowie Verkehr.

Im Einzelplan 6 liegen Risikofaktoren, die wir sehr genau beobachten müssen. Die Vermarktung der städtischen Liegenschaften muss von uns zu einem Erfolg geführt werden. Die CSU hat deshalb ihr Augenmerk schon seit längerer Zeit auf diese Haushaltspositionen gelenkt.

Die Stadt Kitzingen hat hervorragende Standortvorteile. Diese sollten wir deutlich herausheben und auf einem umkämpften Markt transparent machen. Wir brauchen eine offensive Ansiedlungspolitik.

Schon 2007 hatten wir darauf hingewiesen:

Wohnen wird in Zukunft bunter und vielfältiger. Die Fülle an Lebensmustern wird auch im Wohnverhalten seinen Ausdruck finden.

Wir werden Angebote machen müssen:

- Für Mehrgenerationenfamilien
- Für Patchworkfamilien
- Für Senioren-Wohngemeinschaften
- Für Wochenendpendler

- Für junge oder jung gebliebene Singles

Sie alle haben unterschiedliche Ansprüche.

Die Stadt Kitzingen kann all diesen Nachfragern nach Wohnraum ein Angebot machen:

- Ob im Hammerstiel
- Ob im Buddental
- Und vielleicht künftig am Wacholderberg den früheren Marshall-Heights

Seit 1992 wird immer wieder die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes ins Gespräch gebracht. Der Bahnhof Kitzingen ist ein Knotenpunkt für die Vernetzung des öffentlichen und privaten Verkehrs.

Der Bahnhof und sein Umfeld sind eines der wichtigen Schaufenster der Stadt Kitzingen.

Die Verhältnisse können, so wie sie sind, nicht bleiben.

Wenn wir in nächster Zeit keine Lösung für den Busverkehr, den Park & Ride Verkehr und keine Park & Bike Plätze in ausreichender Zahl anbieten können, dann werden wir abgehängt von den Metropolregionen Nürnberg und Frankfurt.

Das Büro Drees & Sommer hat die Ordnung des Umfeldes am Bahnhof in die höchste Priorität eingeordnet.

Für eine positive Entwicklung steht nur ein bestimmtes Zeitfenster offen. In der Stadt sind schon manche Entwicklungen verhindert worden. Jahre später wurde dem Stadtrat der Vorwurf gemacht, Entwicklungen verschlafen zu haben.

Einzelplan 7:

Beim Einzelplan 7 – Abwasserbeseitigung und Kanäle -, sind erhebliche Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung und im Finanzplanungsrest gebunden. Dennoch müssen wir in Zeiten der guten Konjunktur und des Vorhandenseins öffentlicher Mittel des Bundes und des Landes unsere Aufgaben erledigen.

Schlussbemerkung:

Heute liegt uns ein Haushalt zur Verabschiedung vor, der uns neue Spielräume kommunalen Handelns ermöglicht.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind jedoch gewaltig. Die Konversion wird uns fordern.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit ist bis zum Jahr 2011 nachgewiesen.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern und vor allen Dingen den Unternehmen und Betrieben in unserer Stadt, die es ermöglicht haben, dass dieses Haushaltsvolumen heute verabschiedet werden kann.

Wir danken Ihnen Herr Oberbürgermeister und Ihrer Verwaltung für die Arbeit, die im letzten Haushaltsjahr unter nicht ganz leichten Bedingungen zu erfüllen war.

Ganz besonderer Dank gilt jedoch Ihnen Herr Rodamer und Ihnen Frau Heger. Sie haben die Hauptlast der Arbeit zur Erstellung des Haushalts getragen.

Dem vorgelegten Haushaltsplan, der mittelfristigen Finanzplanung und dem Stellenplan sowie dem Sonderhaushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe geben wir unsere Zustimmung.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Kitzingen, den 2008-02-28

Hugo Weiglein

CSU Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Donnerstag, 28. Februar 2008, 17 Uhr

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Pressevertreter, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Ende einer Wahlperiode wollen wir heute einen Haushalt verabschieden, der recht hohe Ansprüche stellt. Im Jahre 2004 und 2005 habe ich Haushaltsreden gehalten, die skeptisch auf die ökonomische Situation blickten, Reden, in denen es um die Frage ging, wie man den Gürtel am besten enger schnallen könnte. 2006 und 2007 dann waren Jahre der verbesserten Finanzen und der Weichenstellung und auch dieser Haushalt enthält weitere solcher Weichenstellungen, bei allerdings auch etwas angespannteren Finanzen. Ich will das exemplarisch an einigen Beispielen erläutern.

Die Konversion berührt zahlreiche Bereiche im Haushalt, auch im personellen Bereich. Wir unterstützen die schnelle Besetzung einer Stabsstelle beim Oberbürgermeister, oftmals mit dem unseligen Namen „Kümmerer“ bedacht. Es handelt sich um die Stelle eines Koordinators, der die vielen Beteiligten am Umsetzungsprozess einbinden soll.

Dies ist ein wichtiger Teil der Umsetzung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes, oder kurz ISEK, welches der Stadtrat bereits vor einiger Zeit beschlossen hat. Dieses Konzept wurde mit Unterstützung der Firmen Drees und Sommer und P4 erarbeitet. Obwohl diese Firmen natürlich nicht ehrenamtlich gearbeitet haben, sondern damit ihr Geld verdienen, möchte ich mich hier, auch ganz persönlich, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken. Diese Zusammenarbeit ist von einzelnen Stadträten mehrfach und lautstark kritisiert, als Geldverschwendung angeprangert und zum Ausstieg daraus aufgerufen worden. Solche Äußerungen zeugen davon, dass die sie äussernden Personen entweder die Dimension und Wichtigkeit für Kitzingen nicht erkannt haben oder um der persönlichen Selbstdarstellung Willen einen Nachteil für Kitzingen in Kauf zu nehmen bereit sind. Anscheinend handeln diese Personen in dem Bewusstsein, dass eine vernünftige Mehrheit hier im Stadtrat schon dafür sorgen wird, dass ihre Vorstellungen nicht zum Zuge kommen.

Um mit der Konversion voranzukommen, enthält dieser Haushalt eine ganze Reihe von Positionen, die den Fortgang finanziell über die nächsten Jahre absichern. Ich kann jeden nur warnen, hier allzu schnelle Erfolge zu erwarten. Deshalb ist jeder Angriff auf die uns beratenden Firmen mit dem Argument, es sei schon viel Geld ausgegeben worden, aber noch kein Ergebnis abzusehen, ein direkter Angriff auf abzusehende Erfolge. Es hat auch keinen

Sinn, jetzt vorzuschlagen, die Kitzinger sollten erst einmal äußern dürfen, was sie mit den Konversionsflächen machen wollten. Dieser Stadtrat, wie der nächste auch, den wir am Sonntag wählen, hat das Mandat, in Vertretung der Bürgerinnen und Bürger über die vorgeschlagenen Konzepte zu beraten, sie zu verändern, gar zu verwerfen oder aber zur Umsetzung freizugeben. Aber es bedarf eines strukturierten Vorgehens. Dazu benötigen wir Experten, die uns ein Auswahl an Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Es hat keinen Sinn, eine bunte Tüte an Wünschen von sicher gutwilligen Laien zusammenstellen zu lassen, die aber unerfüllbar sind.

Es ist dann Aufgabe des Stadtrates, die vorgeschlagenen Alternativen zu beurteilen. Niemand sagt, dass an dieser Stelle keine Bürgerbeteiligung möglich wäre. Sie findet ja auch statt. Dennoch stehen die Konzepte auch dann noch nur auf dem Papier. Wir müssen Investoren, Unternehmen finden, die bereit sind, zu unseren Rahmenbedingungen zu uns zu kommen. Und wenn wir sie nicht finden, müssen wir unsere Vorstellungen neu überdenken. Dazu fehlt den meisten Stadträtinnen und Stadträten das nötige Fachwissen, ich schließe mich ausdrücklich dabei ein. Wir werden daher Beratung brauchen, und zwar noch einige Zeit, bzw. bei anderen Themen auch immer wieder. Das Geld, welches wir in Beratung stecken ist Teil unserer Investition in die Zukunft Kitzingens. Ohne Kosten ist da nichts zu machen. Da mag dann einer sagen: „Noch ein Konzept für die Schublade!“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn hier Konzepte in Schubladen verschwinden, dann nur deshalb, weil in diesem Rat der politische Wille fehlt, sie umzusetzen. Wer sonst entscheidet denn darüber?

Selbst wenn morgen der Superinvestor käme, der alles übernehmen will, wird doch der Stadtrat über viele Jahre beschäftigt sein, über Bebauungspläne Rahmenbedingungen zu schaffen und auch dabei externe Hilfe brauchen. Die Realität ist aber eher die vieler kleinerer und hoffentlich auch ein paar größerer Projekte, mit denen wir uns werden beschäftigen dürfen.

In den Bereich Konversion gehört auch die Nutzung des Flugplatzes selber. Darauf arbeiten wir zielstrebig hin. Die SPD-Fraktion unterstützt mehrheitlich als ersten Schritt den Aufbau einer Betriebsgesellschaft. Ein Kollege ist zwar standhaft bei seiner Ablehnung geblieben, auch das muss man anerkennen. Aber wir eiern hier nicht, wie das Herr Müller bis in die jüngste Vergangenheit tut. Wir sind der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, für Kitzingen das Beste herauszuholen. Das ist nach unserer Mehrheitsmeinung ein Verkehrslandeplatz. Auf einen Sonderlandeplatz werden wir uns einstellen, wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind. Im Gegensatz zu Herrn Müller und seiner Gruppe streben wir ihn aber nicht an. Da wird von „ausreichender“ Lösung gesprochen. Das klingt nach Schulnoten. Mit ausreichend können wir uns nicht zufrieden geben. Wir wollen so gut, wie eben möglich sein. Das sind wir Kitzingen schuldig.

In den Bereich des ISEK beziehen wir auch die Pläne ein, die mit dem Förderprogramm Soziale Stadt in Verbindung stehen. Diese Pläne, die erst im Entstehen sind und deshalb in diesem Haushalt eher symbolisch angelegt sind, begrüßen wir aus ganzem Herzen. Damit wird es möglich sein, der Siedlung einen neuen Schub zu verleihen und bessere soziale Strukturen aufzubauen. Die Siedlung ist ein vollwertiger Stadtteil Kitzingens, vergleichbar mit Etwashausen und den eingemeindeten Ortsteilen. Wir möchten, dass sich die Siedlung auch so fühlt. Noch sind die Pläne in einem frühen Stadium, aber wir können uns vorstellen, dort ein Begegnungszentrum zu errichten, das der Siedlung einen neuen Bezugspunkt gibt und für alle Bevölkerungsteile und Altersstufen eine Anlaufstätte sein kann. Eine solche Begegnungsstätte müsste nicht von der Stadt errichtet und betrieben werden. Vielmehr schwebt uns eine Bürgerstiftung vor, an der sich interessierte Kitzinger Bürgerinnen und Bürger ebenso beteiligen können, wie engagierte Sponsoren, und die Stadt selbst nur ein Teilhaber unter vielen ist, der vielleicht das Grundstück einbringt, die Förderung einwirbt und verwaltend tätig ist.

Auch im Bereich der Innenstadt hoffen wir, Förderung erhalten zu können. Nach unseren Informationen kann das Förderprogramm Soziale Stadt auch genutzt werden, um Anreize zu setzen, Innenstadtwohnraum zu modernisieren. Hier sehen wir einen wesentlichen Ansatzpunkt, um die Innenstadt neu zu beleben. Jeder, der abends durch die Innenstadt geht, kann erkennen, hinter wie wenig Fenstern im 1. und 2. Stock noch Lichter brennen. Es leben immer weniger Menschen dort. Die Wohnungen sind Altbau, vielfach lange nicht modernisiert und deshalb schwer zu vermieten. Das wollen wir ändern und haben deshalb entsprechende Anträge gestellt. Mit dieser Förderung, wenn sie uns denn gewährt wird, ist es möglich, sowohl Modernisierungsmaßnahmen zu unterstützen als auch den Zuzug von Familien in diese Wohnungen. Dabei steht für uns außer Frage, dass die Umsetzung solcher Maßnahmen nicht auf Kosten anderer Projekte geschehen darf, wie z.B. in der Siedlung.

Wenn es uns gelingt, wieder mehr Menschen in der Innenstadt anzusiedeln, werden diese Menschen die Nachfrage nach Artikeln des täglichen Bedarfs steigern und so den entsprechenden Einzelhandel stabilisieren. Damit sollte es uns gelingen, eine Aufwärtsspirale anzustoßen, die weitere Investitionen in der Innenstadt und eine generelle Stabilisierung nach sich zieht.

Da wir bei der Innenstadt sind, möchte ich anmerken, dass wir in der SPD-Fraktion der Ansicht sind, dass die Stadt in Zukunft ein aktiver Teilnehmer bei Grundstücks-, Vermietungs- und Baumaßnahmen werden muss. Wir sind nicht gegen das freie Spiel der Kräfte, wollen aber selbst eine bestimmende Kraft in diesem Spiel sein.

Der Innenstadt ist nicht damit gedient, wenn hochwertiger Einzelhandel durch Ramschläden ersetzt wird, einfach weil ein Hausbesitzer der Auffassung ist, solange die Einnahmen aus diesen Läden seine Zinsen abdecken und ein bisschen mehr, sei das doch ausreichend. Solche Themen werden natürlich nicht-öffentlich behandelt, ich kann aber sagen, dass wir in der SPD-Fraktion uns dafür einsetzen, dass die Stadt bei Schlüsselgebäuden und Grundstücken der Innenstadt ihr Vorkaufsrecht einsetzen sollte, um an diesen Stellen die weitere Gestaltung und Vermietung lenken zu können. Wir bekommen oft genug gesagt, warum tut ihr nichts? Hier können wir etwas tun. Gleichzeitig sollten wir die Anregung des Stadtmarketingvereins annehmen und in Kitzingen ein Gewerbeflächenmanagement etablieren.

In diesem Zusammenhang ein Wort zum Deustergelände, das ja auch als Position, wenn auch als ungewisse, in diesem Haushalt vorkommt. Selbstverständlich wollen wir versuchen, einen guten Erlös für dieses Gelände zu erzielen. Die zukünftige Nutzung muss aber innenstadtverträglich sein. Das schließt alle mehr oder weniger großflächigen Märkte aus. Wenn die ursprünglichen Kosten für das Gelände nicht mehr herein zu holen sind, dann muss auch klar sein, dass diese Kosten als Kosten der Nordtangente zu verbuchen sind, auch wenn es weh tut. Wir dürfen nicht eine Ecke Kitzingens auf Kosten einer anderen sanieren, in diesem Fall der Innenstadt.

Ich glaube auch nicht an die Verschwörungstheorien eines gewissen, graugeschwänzten Kritikers. Jeder Investor, der einen Standort in Kitzingen ins Auge fast, wird scharf kalkulieren, ob sich das dauerhaft rechnet. Sonst hat er ganz schnell eine leer stehende Bauruine dastehen, Würzburg lässt grüßen. So ein Investor kommt ja nicht als Wohltäter nach Kitzingen, er will Geld verdienen. Da kommt keine Mischkalkulation mit einem anderen Gelände in Frage. Wir sprechen ja nicht von einem Bauchladen, allenfalls von einem Bauchladen an Populismus und Bauernfängerei, der uns in den letzten Wochen eröffnet worden ist.

Wir brauchen eine Veranstaltungshalle in Kitzingen, privatwirtschaftlich gebaut und betrieben und auch mit einem Hotel verbunden. Ich weiß, die Hoteliers hören es nicht gerne, aber unser Bettenangebot ist von der Zahl nicht ausreichend. Zur Qualität sage ich nichts, fragen Sie den Quartiermeister der Bayernrundfahrt.

Tourismusexperten sagen uns, dass wir im touristischen Bereich Nachholbedarf haben. Dass der Tourismus ein weiteres Mosaikteil bei der Belebung der Innenstadt ist. Dass wir die Verweildauer der Touristen erhöhen müssen. Dass kleine und mittlere Tagungen und Kongresse an uns vorbeigehen, weil wir trotz unserer zentralen Lage nicht genug Betten zu bieten haben. Aber dieses Objekt muss nicht am neuen Hallenbad stehen, obschon da viel über Synergien gesprochen wurde. Würden vergleichbare, wenn auch andere Synergien nicht auch in der Nähe des Golfplatzes

auftreten, wo wir große Flächen haben könnten, herrliche Aussicht, Nähe zum Wald, schier unbegrenzten Raum zum Parken und alles ohne Hochwasser? Wir können, wir müssen also etwas im Bereich des Tourismus tun, und da gehört die Entwicklung der Mainländer auch dazu. Deshalb unterstützen wir auch hier den weiteren Fortgang und hoffen, dass wir bessere Kommunikationsformen finden als in der Bürgerversammlung neulich. Bei allem Verständnis für Sorgen und Kritik der Anlieger muss aber auch gesagt werden: Eine attraktive Entwicklung muss dort kommen, auch wenn der vorliegende Entwurf nur eine Diskussionsgrundlage ist. Dies ist eine der schönsten Stellen Kitzingens oder kann es noch werden. Wer dort wohnt, muss ein wenig mit denen teilen, die nicht diesen Vorteil haben oder zu uns zu Besuch kommen.

Alle diese Projekte wollen bezahlt werden. Zum Glück geht es uns wieder etwas besser, der Kämmerer hat uns die Entwicklung und Risiken aufgezeigt. Ein Teil unserer Einkünfte kommt aus Erlösen für Bauplätze, und das geht leider nur schleppend voran. Wir glauben aber nicht, dass dies durch unsere angeblich zu hohen Preise verursacht wird. Unserem Preis steht eine entsprechend gut ausgebaute Infrastruktur gegenüber, sei es bei Schulen oder beim Einzelhandel, bei Behörden oder kulturellen Einrichtungen. Diese sind alle auf kurzen Wegen zu erreichen. Angesichts steigender Benzinpreise ist das ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Jeder Bauherr sei aufgefordert, diese Gegenrechnung aufzumachen.

Unsere Baugebiete haben großzügige Bebauungspläne. Allerdings ist hier der Stadtrat und die Bauaufsicht aufgerufen, darauf zu achten, dass diese auch eingehalten werden. Der Tendenz einzelner Bauherren, an den Bebauungsplänen vorbei zu bauen und sich später die Abweichungen zähneknirschend von Stadtrat genehmigen zu lassen, muss begegnet werden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob es Architekturbüros gäbe, die ein solches Verhalten unterstützen, während diejenigen, die sich an die Regeln halten, sich wie Idioten vorkommen.

Das ist natürlich nicht nur ein Appell an die Vernunft und den Bürgersinn eines jeden, er muss sich in erster Linie auch an den Stadtrat richten. Zu leicht sind wir bereit, unsere eigenen Beschlüsse wieder aufzuweichen. Zu leicht genehmigen wir Ausnahmen, drücken wir ein Auge zu, dulden Dinge, die nicht genehmigungsfähig wären. Wo ist der Übergang von Bürgerfreundlichkeit zur Beliebigkeit? Wir untergraben unsere eigene Glaubwürdigkeit, wenn wir immer wieder unsere eigenen Beschlüsse in Zweifel ziehen. Letzten Endes untergraben wir damit das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in die Rechtstaatlichkeit und die Gleichbehandlung. Vielleicht ist es an der Zeit, uns selbst höhere Barrieren zu setzen. Ich weiß nicht, ob die Gemeindeordnung das zulässt, aber wir könnten durch Beschluss festlegen, dass bestimmte Konzepte, Satzungen etc. nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden dürfen. So ein Instrument sollte sorgfältig und

selten eingesetzt werden. Ich rege an, dass wir darüber nachdenken. Es würde uns vor manchem bewahren. Als ein Beispiel nenne ich das Zentrenkonzept. Es wurde zum Teil heftig gefleddert und auch schon einmal das Opfer von Zufallsmehrheiten.

Am Anfang meiner Rede verwies ich auf frühere Reden, in denen ich die Skepsis vortrug, mit der unsere Fraktion in die Zukunft schaut. Ist diese Skepsis nun ein Ding von gestern? Wir glauben es nicht.

Neue Herausforderungen stehen bevor, bisher ungekannten Ausmaßes. Ich erinnere nur an die Klimadebatte und alles, was damit zusammenhängt. Hier hat die SPD-Fraktion bereits am 20. Oktober 2006 vorausschauend beantragt, der Stadtrat möge Sie, Herr Oberbürgermeister Moser, auffordern, in einer Hausanweisung Leitlinien zur Energieeinsparung und nachhaltigen Energienutzung festzulegen.

In der Beratung des Projektes D.-Paul-Eber-Schule wurde der Stadtrat damals nach seinen Zielvorstellungen zur Energieeinsparung gefragt. Die Hausanweisungen sollte dieser Frage Rechnung tragen.

Wir bitten Sie, beantragten wir damals, und fordern Sie auf, die Verwaltung anzuweisen, in ihrem Einflussbereich, insbesondere bei Baumaßnahmen und der Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen fortschrittliche Energiekonzepte über die vom Staat oder technische Normen gesetzten Standards hinaus zu berücksichtigen und anzuwenden. Dabei sind zur Entscheidungsfindung immer außer den durch gegenwärtige Standardvorgaben gegebenen Richtwerten der Energienutzung darüber hinausgehende, in Fachkreisen bereits angewandte Konzepte zu ermitteln und in Wirtschaftlichkeitsberechnungen und bezüglich der Umweltauswirkungen einander gegenüber zu stellen.

Auch wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen machen gelegentlich die Beobachtung, dass unsere Anträge nur schleppend behandelt werden. Immerhin ist es dann doch und, ich verschweige es nicht, unter dem Druck aller Fraktionen dazu gekommen, dass für die Paul-Eber-Schule moderne Energiekonzepte erarbeitet wurden. Unser genereller Ansatz aber, solche Konzepte allgemein zur Richtschnur zu machen, ist immer noch nicht behandelt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die jüngst ergangene Richtlinie des Bundesumweltministeriums, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Zukunft auch die CO₂-Relevanz von Angeboten zu berücksichtigen und die Verordnung der EU vom 18. Januar diesen Jahres zur Kennzeichnungspflicht energieverbrauchsarmer Büromaschinen. Hier werden wir unsere Hausaufgaben machen müssen.

Wir schauen also nach wie vor mit, wie wir hoffen, gesunder Skepsis in die Zukunft. Dennoch kann Kitzingen nicht darauf verzichten, dann in die Zukunft zu investieren, wenn die Kraft dazu vorhanden ist. Diese Kraft mag ein

vorübergehender Kräfteschub sein, wir wissen es nicht. Das darf uns aber nicht zum Zaudern verleiten. Wir müssen jetzt tun, was wir tun können.

Deshalb ist es richtig, ein höheres Risiko zu fahren und die Belastungen der nächsten Jahre, die durch diesen Haushalt weiter konkretisiert werden, anzugehen. Wenn unsere Investitionen in die Zukunft Früchte tragen, werden sie auch einen Teil jener Risiken wieder ausgleichen. Keine Investition ohne Risiko, jeder Unternehmer weiß das. Dieses Risiko müssen wir abwägen und annehmen.

In meinen nun vier Jahren als Fraktionsvorsitzender habe ich in ungezählte Kontakte zu den verschiedensten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gehabt und bedanke mich deshalb nicht nur formell, sondern auch ganz persönlich für die Zusammenarbeit und das Engagement für unsere gemeinsame Aufgabe, das ich immer wieder zu spüren bekomme. Ich bedanke mich auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und Kollegen, die ganz ähnliche Erfahrungen haben machen dürfen. Einige von uns werden ja dem nächsten Stadtrat nicht mehr angehören, andere hoffen hinzu zu kommen. Deshalb kommt dieser Dank in einem Moment des Wechsels und soll an dieser Stelle auch all denjenigen gelten, die als Mitarbeiter von städtischen Firmen und Partnern, wie der LKW, Stadtbetriebe GmbH, Sparkasse und Stadtmarketingverein, um nur diese zu nennen, dazu beigetragen haben, Kitzingen ein Stück weit voranzubringen.

Herr Oberbürgermeister, dem Haushalt mit allen seinen Anlagen stimmen wir zu.

Unser
Stadt
Weiterentwickeln



Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2008

Stellungnahme der UsW zum Haushalt 2008 und der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt bis 2011 sowie der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrte Gäste,

die UsW-Fraktion hat sich wie in den vergangenen Jahren, auch in diesem Jahr mit dem Haushaltsentwurf 2008 sehr intensiv beschäftigt.

Das Ergebnis mehrerer interner Fraktionssitzungen waren zahlreiche Vorschläge und Anträge für Änderungen und Anpassungen an den Stadtrat.

Dank guter Vorbereitung und reger Beteiligung an den Beratungen konnte somit auch teilweise Einfluss auf den Haushalt genommen werden.

Da ähnliche Arbeitsmuster auch bei den weiteren Fraktionen und Gruppen erkennbar waren wurde der Haushalt 2008 in der heute zur Abstimmung vorliegenden Fassung weitgehend gemeinsam erarbeitet.

Viele Anträge der einzelnen Fraktionen und Gruppen wurden beraten aber meistens nicht abgestimmt.

Hier geht die UsW zumindest für die von ihr vorgetragenen Anträge und Fragen davon aus, dass die Erledigung im Laufe des Jahres erfolgen wird wie dies von Ihnen, Herr Oberbürgermeister und der Verwaltung, zugesagt wurde.

Nicht zuletzt deswegen verliefen auch die Haushaltsberatungen 2008 gegenüber früheren Jahren in einer deutlich entspannten Atmosphäre.

Dies vor allem aber auch, weil das uns zur Beratung vorgelegte Zahlenwerk weitgehend solide finanziert ist und sich die aktuelle finanzielle Lage unserer Stadt sich in den letzten Jahren deutlich gebessert hat.

Bedenklich ist und bleibt allerdings die Tatsache, dass die Stadt Kitzingen dieses relativ gute Ergebnis erneut nicht aus eigener Kraft geschafft hat.

Es ist zum größten Teil den Finanz- und Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern in Höhe von nahezu 5,2 Mio. € geschuldet.

Gleichzeitig wird damit die Abhängigkeit unserer Stadt vom Staat und die Distanz zur Selbstbestimmung in deutlichen Zahlen ausgedrückt.

Deswegen gilt es nach wie vor, jede Maßnahme auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin zu prüfen und die vorhandene sowie künftige personelle Ausstattung der Verwaltung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Effektivität auszurichten.

Die Probleme in unserer Stadt wie z.B. Bevölkerungsrückgang, Abbau von Arbeitsplätzen, Verödung der Innenstadt usw. können nur mit Weitsicht und Tatkraft innerhalb der verfügbaren finanziellen Budgets und der Leistungsfähigkeit der Stadt angegangen und nachhaltig gelöst werden.

Hierzu bedarf es künftig mehr denn je aber auch der Mitwirkung aller Fraktionen und Gruppen des Stadtrats um die künftig gemeinsam zu definierenden Ziele zusammen mit einer leistungsfähigen Verwaltung zu erreichen.

Um Ihnen und mir eine Wiederholung des umfangreichen Zahlenwerks zu ersparen, werde ich mich auf wenige Zahlen beschränken. Stattdessen werde ich mich Schwerpunktmäßig auf einige der UsW besonders wichtige Themen und Fakten konzentrieren:

Das **Volumen des Gesamthaushalts 2008** beträgt rd. 58,0 Mio. € und liegt mit rd. 1,7 Mio € leicht über dem letztjährigen Niveau.

Nachdem Kreditaufnahme und Tilgung sich nahezu ausgleichen gibt es erfreulicherweise in diesem Jahr keine Neuverschuldung, d.h. es bleibt beim alten Schuldenstand von rd. 21,0 Mio. €.

Die Rücklagenentnahme ist erfreulicherweise sehr gering, damit bleibt noch etwas Bargeld für die nächsten Jahre in der Kasse, auch für unvorhersehbare Maßnahmen.

Beim **Verwaltungshaushalt** mit rd. 37,4 Mio. € Volumen wird auch in diesem Jahr die Mindestzuführung nicht nur erreicht, sondern sogar sehr deutlich übertroffen.

Per Saldo wird 2008 eine freie Finanzspanne von rd. 2,2 Mio. € erwirtschaftet, die sich aber bereits im Jahr 2009 wieder deutlich abschwächen wird.

Größter Unsicherheitsfaktor in allen Kalkulationen ist und bleibt nach wie vor, die nicht vorhersehbare Entwicklung der Gewerbesteuer. Einer Achterbahn gleich, liefert sie seit Jahren stetig wechselnde Ergebnisse und dem Kämmerer bisweilen Alpträume aber auch Hochgenüsse, besonders wie in den Jahren 2005 bis 2007.

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank unseren heimischen Betrieben und Ihren Mitarbeitern die durch Schaffenskraft und Innovationen, aber auch enormen Fleiß und bisweilen auch schmerzhaften Entbehren das sagenhafte Rechnungsergebnis von rd. 11,66 Mio € in 2007 bei den Gewerbesteuereinnahmen erwirtschaftet haben. Herzlicher Dank allen Unternehmern und Arbeitnehmer dafür.

Nachdem der Konjunkturmotor bereits wieder etwas stottert, wird sich aber dieses sehr hohe Niveau ab 2009 und den folgenden Jahren bereits wieder merklich abschwächen und vorerst nicht zu halten sein.

Dies trifft insbesondere für die weiteren Risikofaktoren wie Gewinnabführung von LKW und Stadtbetriebe und die Entwicklung der Einkommenssteuer zu.

Wir haben deswegen nur eine kleine Verschnaufpause bis zur vermutlich nächsten Talfahrt mit einem aus heutiger Sicht ungewissem Ausgang.

Der **Vermögenshaushalt** weist in 2008 ein Volumen von rd. 20,6 Mio. € aus. Er ist geprägt von vielen bekannten alten Maßnahmen die seit Jahren - ähnlich wie auf einem Verschiebebahnhof - von einem Haushalt in den nächsten geschoben werden.

In diesem Zusammenhang ist vor allem der **Bau der Nordtangente zu nennen**, wo es jetzt endlich auch sichtbar weitergeht.

Die **Vermarktung der bereits verfügbaren neuen Bau- und Gewerbegebiete** ist auch in diesem Jahr erneut besonders kritisch zu betrachten.

Im Vermögenshaushalt 2008 ist hierfür ein Rückfluss von insgesamt 4,8 Mio. € als Ansatz für Verkaufserlöse ohne die Erschließungsbeiträge eingeplant.

Der Stadtrat geht hier erneut ein sehr hohes Risiko ein, dass nur durch eine erfolgreiche, strategisch organisierte und professionell inszenierte Vermarktung abgedeckt werden kann.

Das nicht nur der UsW sehr wichtige Thema **Konversion im Zusammenhang mit dem Stadtumbau West und der Umsetzung von ISEK** wird sich in der Zukunft verstärkt auf den Haushalt auswirken.

Gerade die aktuelle Entscheidung zum Verkehrslandeplatz zeigt auf, welche dicke Brocken der Investitionshaushalt kurzfristig zu Lasten anderer wichtiger Maßnahmen verdauen muss.

Nachdem der Haushalt 2008 darüber noch keine exakten Zahlen ausweist, sind wir sehr gespannt auf die Vorschläge, welche Projekte jetzt verschoben, gekürzt oder gestrichen werden müssen, um die Vorgabe des Kämmers: "keine weitere Kreditaufnahme vorzunehmen", auch erfüllen zu können.

Noch gravierender wirkt sich die Entscheidung pro Verkehrslandeplatz künftig beim Verwaltungshaushalt aus, der über einen heute noch nicht vorhersehbaren - aber gewiss langen Zeitraum - die jährlich entstehenden Defizite durch Einsparungen in anderen Bereichen zu kompensieren hat.

Ein Sonderlandeplatz würde dagegen nur einen Bruchteil kosten und mit Sicherheit wesentlich besser in das finanzielle Gefüge passen, ohne dass hierbei wesentliche wirtschaftliche Nachteile zu befürchten wären.

Die weitere Verwendung und Vermarktung der als bald wohl freien ehemaligen militärischen Liegenschaften sind für die Stadt Kitzingen und teilweise auch unser Umland von existenzieller Bedeutung und erster Priorität.

Nachdem bereits der Golfplatz auf dem Larson-Barracks-Gelände vorab veräußert wurde, sollte vor allem auch seitens der BIMA und auch der Stadt Kitzingen an bereitstehende Investoren gedacht werden.

Diese wollen vorrangig vor allem Arbeitsplätze schaffen, die wir in Kitzingen und der Region nach wie vor dringend benötigen.

Natürlich sind alle Massnahmen im Zuge der Konversion auch auf ihre finanziellen Auswirkungen hin betriebswirtschaftlich zu untersuchen und dabei finanzielle Prioritäten setzen.

Die Stadt muss sich trotz der hohen Wertigkeit der Konversion in jedem Fall einen Freiraum auch für weitere Investitionen in anderen Bereichen erhalten, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben.

Ein anderes Großprojekt „**Natur in der Stadt – 2011**“ oder schlicht als „**Kleine Gartenschau**“ bezeichnet, wirft immer größere und längere Schatten.

Die Umsetzung der Planung mit Baumaßnahmen ab 2009 wird uns in den nächsten Jahren noch intensiv beschäftigen und uns am Ende hoffentlich viel Sonnenschein bereiten.

Die **Neugestaltung der Mainpromenade** ist eine anerkannte und unbestrittene Notwendigkeit. Allerdings muss die Maßnahme von Beginn an transparent gehalten sein und rechtzeitig sowie gemeinsam mit den betroffenen Anliegern besprochen werden.

Die letzte Anliegerversammlung war leider ein Negativbeispiel und darf sich so nicht wiederholen, der Vertrauensverlust beim Bürger ist sonst immens.

Auf den Weg gebracht ist nach zähem Ringen die dringend erforderliche **energieeffiziente Sanierung der Paul-Eber-Schule**, die Weichen sind hierfür im Haushalt gestellt.

Das angesichts des riesigen Gebäudevolumens von der UsW bereits vor Jahren geforderte ganzheitliche Energiekonzept zur Verbesserung der Bewirtschaftungskosten mit Überprüfung der Baustandards ist beschlossen.

Im Zeitplan liegt die Sanierung des **Hallenbades** durch die Stadtbetriebe GmbH.

Neu hinzugekommen ist die **Erneuerung der Brücke ins Freibad**.

Wir wollen hoffen, dass die genannten bzw. bekannten Kosten sich bei beiden Projekten sich nicht weiter nachteilig entwickeln und im Spätherbst die Massnahmen hoffentlich abgeschlossen sind.

Das **Bahnhofsumfeld mit Zentralem Omnibusbahnhof und Park+Ride Plätzen** hat zu Recht noch keine Planungssicherheit erreicht, weil derzeit noch zu viele unbeantwortete Fragen existieren.

Der mehrheitlich gefasste Beschluss des Stadtrats zum Erwerb der Schrebergärten im Süden war, wie von der UsW bereits seinerzeit vorausgesagt, im Nachhinein betrachtet ein teurer Fehler der sich leider nicht mehr umkehren lässt.

Es spricht deshalb alles dafür, sich künftig vorrangig auf das nunmehr verfügbare Nordgelände zu konzentrieren, die UsW hat hierzu auch bereits entsprechende Anträge zur Beratung im Stadtrat gestellt.

Die Einrichtung von **Ganztagesklassen in der Hauptschule Siedlung** ist nahezu abgeschlossen, gleichzeitig konnten auch die dort vorhandenen erheblichen **Defizite im Brandschutz** - obwohl stets verleugnet - durch die Bereitstellung von beachtlichen Haushaltsmitteln mit erledigt werden.

Die **Dorferneuerung Etwashausen** ist mit Ausnahme der Abrechnung der Erschließungsbeiträge erledigt und optisch sicherlich gelungen. Allerdings zeigen sich hier die bereits angesprochenen Defizite der oberflächlich und nachlässig durchgeführten Anliegerbeteiligungen besonders deutlich.

Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger wurden im Vorfeld leider nur sehr unzureichend über die finanziellen Folgen der eckigen Bäume und großzügig erneuerten Straßen aufgeklärt .

Sie müssen nun als Konsequenz daraus die satzungsgemäß abgerechneten Anliegerbeiträge vermutlich auch tatsächlich entrichten, was bei der UsW trotz der vermeintlichen Rechtssicherheit einen sehr faden Beigeschmack hinterlässt.

Ein sehr wichtiges Thema für die UsW sind die Bereiche **Energieeinsparung und Erneuerbare Energien**. Hierzu wurden Anträge zum HH gestellt die den weiteren Weg in den nächsten Jahren aufzeigen sollen.

So wünschen wir dass der bei der anstehenden Sanierung der Paul-Eber-Schule vom Stadtrat beschlossene Energieeinsparstandard im Bereich Neubauniveau minus 30 % künftig bei Städtischen Bauvorhaben generell zum Tragen kommt.

Auch wünschen wir uns die Fortsetzung der Massnahmen zu Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Dächern Städt. Gebäude.

Es gäbe noch **viele weitere Maßnahmen und Themen des Haushalts**, bei denen sich eine nähere Betrachtung und Kommentierung lohnen würde oder sogar zwingend geboten wäre.

Dies würde allerdings den zeitlichen Rahmen an dieser Stelle deutlich sprengen.

Aus diesem Grund verzichte ich darauf um allmählich zum Ende zu kommen.

Das gesamte Personal der Stadtverwaltung wird durch die veränderten Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft und Arbeitswelt in immer stärkerem Maß gefordert.

Beinahe alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden von den Auswirkungen dieser eingetretenen Wandlung tangiert und sind auch gerne bereit diese Veränderungen mitzutragen.

Wir danken daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihr bisher gezeigtes Verständnis und die Bereitschaft diesen Prozess positiv zu begleiten.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern,
sowie den Betrieben der Stadt Kitzingen

und besonders den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern
in den Vereinen, Organisationen und Verbänden, die sich

für unsere Stadt eingesetzt haben und zukünftig einsetzen werden.

Ein Dankeschön auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, die bei der Erstellung des
Haushalts erneut eine besondere Leistung erbracht haben.

Nachdem die Finanzlage der Stadt geordnet erscheint,
der gesetzliche Haushaltsausgleich gegeben ist
und die finanzielle Leistungsfähigkeit bis 2011 nachgewiesen ist

stimmt die UsW

- trotz einiger Bedenken in den bereits ausgeführten Punkten -
- dem vorgelegten Haushaltsplan 2008 und der mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Kitzingen bis 2011 mehrheitlich zu.

Der Blick der UsW geht in Richtung Zukunft.

Ich darf hoffen, dass auch die übrigen Fraktionen und Gruppen dies ebenso sehen.

Dem Haushalt der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe stimmen wir ebenfalls zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kitzingen, 28.02.2008

Karl-Heinz Schmidt, Stadtrat
Stv. Fraktionsvorsitzender – UsW

Hinweis:

Es gilt das gesprochene Wort



28. Februar 2008

Haushaltsrede zum Haushaltsplan des Jahres 2008 der Stadt Kitzingen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Gäste hier im Sitzungssaal,

früher als sonst,

und noch vor den entscheidenden Wahlen in drei Tagen,

die dann die/den neu gewählte Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister
und die neu gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Stadtrat **bestätigen,**

verabschieden wir heute

den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008

mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011,

der auch , den finanziellen Maßstab für die neue

„Führungsmannschaft“ der Stadt Kitzingen bedeutet.

Damit verbunden ist eine Reihe von bereits begonnenen Aufgaben und festgelegten Investitionen, die es gilt, zu bewältigen, d.h. zügig, zeitnah und vor allem kostenbewusst zu einem guten Ergebnis zu führen.

Für die **Freien Wähler – FBW** als vierte Fraktion in der Reihe der Stellungnahmen zum Haushalt, möchte ich nicht auf die Zahlen-Reihungen **detailliert eingehen**.

Kämmerer Klaus Rodamer hat uns klar und deutlich das Zahlenwerk der Stadt Kitzingen für die nächsten Jahre vorgelegt.

Nicht unverhüllt bleiben darf jedoch der Hinweis, dass die Finanzierung des Investitionsprogramms 2008 - 2010 auch mit Blick auf 2011 / 2012 „**Natur in der Stadt**“ mit Risiken behaftet und nur durch einen finanziellen Kraftakt zu schultern ist.

Im Moment ist die Haushaltslage noch nicht so dramatisch wie vor drei, vier Jahren. **Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen, die ernsthaften Hinweise sind zu beachten!**

Auch der Hinweis, dass wir mit unserer Pro Kopf - Verschuldung mit **rund 32%** deutlich über dem Landesdurchschnitt mit Städten vergleichbarer Größe liegen. **Das muss sich verbessern!**

Eine maßvolle und vor allem übersichtliche Finanzpolitik ist das A und O, um hier etwas zu ändern!

Und ...um neben den bereits festgeschriebenen Investitionen wieder mehr freie Mittel für notwendige Investitionen

- in die Bildung,
- die Familien- und Seniorenpolitik,
- in den Schul- und Straßenbau sowie besonders auch
- in die Wirtschaftsförderung zu haben.

Nur dann können wir Kitzingen, als **Wirtschafts- und Wohnstandort** wirklich voranbringen.

Unsere Budgetierung der Haushaltsstellen muss daher auch diesem Ziel dienen und darf nicht zum Selbstzweck werden.

Baumaßnahmen der Stadt Kitzingen, insbesondere will ich hier die Schul-Baumaßnahmen ansprechen.

Wir dürfen nicht so lange warten, bis unsere Schulen völlig marode sind, dies ist absolut nicht wirtschaftlich gedacht.

Beispiel die Paul-Eber-Schule und die noch **anstehende Friedrich-Bernbeck-Schule**

Wir **Freien Wähler - FBW** fordern daher ein kontinuierliches Gebäude- und ergänzend das Energiemanagement an. **Es ist jetzt wirklich Zeit!**

Wir haben das Gebäude- und Energiemanagement in den Haushaltsberatungen 2007 + 2008 immer wieder angesprochen, aber es wurde nicht angegangen!

Zur Personalpolitik:

Unser Personal in der Verwaltung ist unser größtes Potential, um die vielen Aufgaben zu bewältigen.

Die Personalkosten stellen dabei mit rund. **10,6 Mio. €** die größte Haushaltsausgabe dar.

Bei aller Anerkennung der zu leistenden Arbeiten müssen wir die Personalentwicklung im Blick haben und bei zusätzlichen Personalanforderungen genau hinschauen, ob dies wirklich notwendig ist bzw. ob eine Aufgabenverteilung die Lösung bringt.

Denn angesichts der Verschuldung und der gesetzten Pflichtaufgaben heißt es: Vieles ist wünschenswert, aber leisten können wir uns **nur das, was notwendig ist.**

Beispiele:

Anlaufstelle Jugend in der Siedlung.

Im Rahmen „Soziale Stadt“ muss hier auch ein klares Konzept der personellen Besetzung festgelegt werden. Halbe Entscheidungen dienen absolut nicht der Sache.

Begleitung von Planungsprozessen durch externe Büros nur wenn die Stadt hier kontinuierlich aktiv...> natürlich entsprechendes Personal vorausgesetzt < steuernd mitarbeitet, sind diese Ausgaben auch wirtschaftlich!

Wirtschaftsförderung der richtige Mann oder die richtige Frau, vor Jahren schon angefordert, von uns und auch von weiteren Kollegen unter dem Titel „City-Manager“, ja, wir stehen. jetzt kurz vor der Personalentscheidung.

Das hätte früher kommen müssen!

Ansiedlung von Gewerbe, Firmen verschiedener Fachrichtungen, neue Technologien, ein Blick nach Schweinfurt zeigt, wie es geht

Wir müssen uns bewegen, bewegen, bewegen ...

Die Entschuldigung, woanders ist es auch nicht besser, gilt nicht!

Wir brauchen auch Einnahmen!

>> Die höchsten Einnahmen sind nun mal die **Gewerbsteuer** (rd. 5,4 Mio. € erhofft 2008)) und

>> **die Einkommensteuer** (rd. 6,5 Mio. € 2008) = (Anteil aus Arbeitnehmerabgaben) dies eben, wenn es Arbeitsplätze gibt!

Wenn die Wirtschaft floriert, neue Firmen kommen und damit Arbeitsplätze entstehen,

dann werden auch wieder Bauplätze verkauft.

Wir haben genügend, auch noch mit Familien-Rabatt

... und der Kämmerer freut sich, wenn er die eingeplanten Einnahmen aus Grundstück-Veräußerungen i.H. v. 4,8 Mio. € dann auf dem Konto sieht.

Energiepolitik:

Auch unter dem Aspekt unseres Referates „Umwelt“ haben wir ...

die **Freien Wähler-FBW**, die Vision einer neuen Art der Zusammenarbeit mit der LKW .

Kitzingen wird mit der LKW Vorreiter in der kommunalen Energiepolitik.

Stichpunkte:

- >> erneuerbare Energien, >> Selbstversorgung, >>> soziale Aspekte, >> >> Wirtschaftsstandort beachten durch Zusammenarbeit mit der ansässigen Wirtschaft.
- >> Gemeinsame Umweltbildung an Schulen und in der Jugendarbeit.

Andere Kommunen sind bereits ein großes Stück weiter als Kitzingen:

Schauen wir gemeinsam hin und machen wir es dann noch besser!

In meiner letzten Haushaltsrede sprach ich von Träumen und Visionen, die sehr schnell Realität werden können, denn

- richtige Visionen bleiben keine Traumbilder, wenn wir wirklich eine bessere Zukunft wollen,
- dann werden sie zu Zielen, die wir umsetzen können.

Einige der Visionen der Freien Wähler –FBW aus der letzten Haushaltsrede 2007, trafen den Puls der Zeit und wurden schon umgesetzt, beschlossen, gestartet oder sind in der Umsetzung begriffen, wie:

- Kinderfreundlicher Bauplatz-Rabatt
- Familienfreundlichkeit: Abschaffung des Büchergeldes
- Die Senioren- bzw. Mehrgenerationen-Spielplätze im HH 2007
- Die Friedwiese im Neuen Friedhof
- Sauberkeit der Stadt „Gelbe Karte“ für die **Vierbeiner-Herrchen u. Frauchen**. Mit „Ach Du Scheisse-Plakate“ Versuch gestartet. Gebracht hat das nichts! Neuer Versuch notwendig! Ich meine, es wäre besser gewesen, die Bürger wie vorgeschlagen, mit einzubeziehen.

- Über den notwendigen Kreisverkehr am E-Center wird jetzt noch einmal nachgedacht und die entsprechenden Behörden eingeschaltet.
- Eine Auffahrt auf die 2271 von der alten Marktbreiter Straße soll dabei ebenfalls noch einmal ins Gespräch kommen.
- Über unseren Antrag, das städtische Grundstück in Sickershausen baureif zu erschließen, wird jetzt nachgedacht.
- ISEK bringt jetzt die Gestaltung der Innenstadt (Licht, Bänke, Papierkörbe u.s.w.), BID geht weiter, Gestaltung Mainpromenade mit Schiffsanlegestelle wurde geplant. Die Arbeitskreise brachten wertvolle Vorschläge
- Die Bürger wurden einbezogen, leider oft zu spät. Da war schon einiges durch die Medien oder durch „Hörensagen“ bekannt. **Das muss noch besser werden!**

Einerseits

ist uns klar, dass noch vieles anzupacken ist!

Andererseits

ist uns klar, dass wir alle gemeinschaftlich diese Entscheidungen mitgetragen haben oder noch mittragen werden!

Einerseits

Sind wir *Freien Wähler – FBW* stolz, dass wir als kleine Fraktion mit unseren Impulsen und Visionen die Zukunft Kitzingens vielfach entscheidend bereichern und für die Bürger handeln konnten.

Andererseits

Sagen wir: Auf das Wollen und auf die Ideen kommt es an, nicht auf die Größe der Fraktion oder Gruppierung!

Einerseits und Andererseits:

- **Wir wollen weiter engagiert unsere Arbeit einbringen**
- **Wir wollen Visionen haben**
- **Wir wollen Ziele ansteuern**
- **Wir wollen Aufgaben lösen**
- **Wir sagen miteinander –nicht gegeneinander!**

Unser Dank an dieser Stelle:

- Ihnen, Herr Oberbürgermeister und Ihrer Verwaltung für alle Informationen und Unterstützungen während des abgelaufenen Jahres.
- Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei, Ihnen Herr Rodamer und den Mitarbeiterinnen für die Vorbereitung der Haushaltsunterlagen
- Danke auch an Frau Erdel, die das schwierige Amt der Rechnungsprüfung innehat. Es **herrscht nicht immer große Freude**, wenn sie kommt. Es ist aber notwendig, das zeigen die vielen Anmerkungen
- Danke den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Heimatstadt lieben, für sie werben, Anregungen einbringen, Ideen haben, auch Kritik üben, zum Wohle der Stadt und der Bürgerschaft.

Haushalt 2008

Die geordnete Finanzlage der Stadt ist gegeben,

- dem vorgelegten Haushaltsplan
- der mittelfristigen Finanzplanung und dem Stellenplan,
- sowie dem Haushaltsplan der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe
- für das Haushaltsjahr 2008,
- geben wir unsere Zustimmung..

Jutta Wallrapp
Fraktionsvorsitzende



Kitzingen, den 28.2.08

Haushaltsrede der KIK, es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Kommunale Initiative Kitzingen musste wie in den vergangenen Jahren erfahren, dass gestellte Anträge und Anfragen über das Jahr hin und speziell zum Haushalt 2008, kaum mit dem nötigen Ernst geprüft, ausreichend beantwortet noch mit einem Betrag im Haushaltsentwurf berücksichtigt wurden. Gerade die Anregungen zum Tätigwerden mit sich aktuell anbietenden Grundstücksverhandlungen im Zusammenhang mit den allseits gewünschten Möglichkeiten zur Umsetzung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ in der Siedlung wurden ignoriert. Die Ernsthaftigkeit des Vorhabens, mit dem alle Parteien vor allem im Wahlkampf auf sich aufmerksam gemacht haben und die Pressemitteilung des Oberbürgermeisters, der das Projekt unter dem Arbeitstitel „Meine Siedlung - Unser Kitzingen“ anpreist, ist unserer Meinung nach sehr in Frage zu stellen.

Die Haushaltsberatungen selbst wurden wenig spektakulär durchgeführt, wohl durch die Situation bestimmt, dass der Oberbürgermeister die Kommandozentrale des Schiffs „Stadt Kitzingen“ verlässt.

Er hat den Kurs der kommenden Jahre festgelegt und wird so ein Erbe hinterlassen, an dem der/die neue Oberbürgermeister/in und Stadtrat, aber auch die Bürger zu kauen haben werden, was wir von der KIK in der vorliegenden Form so nicht akzeptieren können.

Der Grund dafür sind nicht die vorgesehenen Projekte an sich, sondern die Art, wie die Beschlüsse dafür zustande gekommen sind. Wir halten es für eine zeitnahe Umsetzung nicht dienlich, wenn solche Projekte lange Zeit nichtöffentlich beraten werden, die Bürger nicht rechtzeitig beteiligt, die für sie anfallenden Kosten nur sehr vage beziffert werden und auf eine ganzheitliche Betrachtung der bekannten Probleme verzichtet wird. (Altlasten, Grundstücke)

Beispiele dafür sind die Umgestaltung von Mainkai und Bahnhofsumfeld

Sie werden u.a. in den Verpflichtungsermächtigungen, die als wichtiger Bestandteil der Haushaltssatzung zu beschließen sind, festgeschrieben.

Legen wir dem neuen Stadtrat damit nicht die alten Probleme bzw. die Fesseln an, wie es in den vergangenen Legislaturperioden für den Stadtrat z.B. der Bau der Nordtangente war, wenn es darum geht, jetzt neue, der Aktualität angepasste Aufgaben finanziell zu bewältigen? Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein einmal eingeschlagener Weg, auch wenn er sich als falsch herausgestellt hat, nur sehr schwer, eigentlich nicht mehr wieder verlassen werden kann.

Welche Möglichkeiten hat denn der neue Stadtrat noch, es sollen ja möglichst viele neue Köpfe dabei sein, wenn die Kämmerei in ihrer Handlungsempfehlung deutlich von Risiken spricht, die der Umsetzung der sich über mehrere Jahre hinziehenden Projekte im Weg stehen und neue Aufgaben nur durch Verschiebung oder Streichung von Maßnahmen aus der heute zu beschließenden Haushaltssatzung angegangen werden können.

Solche Risiken sind vor allem die ungewisse Entwicklung der eingerechneten Einnahmen bei der Vermarktung von Wohn- und Gewerbegebieten, die wohl sinkenden Gewinnanteile an der LKW oder die ungewisse Entwicklung bei den Personalkosten, um nur einige zu nennen.

Die Aussage des Kämmerers, dass vorgesehene Projekte zum Teil schon jetzt ohne den Fixpunkt „Natur in der Stadt“ (3,8 Mio.) in die Jahre 2011/2012 verschoben werden müssten, stimmt uns pessimistisch für den vorgesehenen Zeitplan. Darüber hinaus zeichnet sich das Haushaltsjahr 2009 schon wieder als Problemjahr ab. Es entstehen Befürchtungen, dass wieder wie vor 4 Jahren die für die Bürger spürbaren Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen erfolgen oder sogar die kommunalen Steuern, Abgaben und Gebühren wieder erhöht werden müssen, um die anstehenden Prestigeobjekte, die noch in den Köpfen der Wahlkämpfer herumschwirren, finanzieren zu können. Die Spirale läuft weiter, wenn in der Folge auch noch höhere Kreditaufnahmen getätigt werden und so die beschriebene konsequente Konsolidierung des Haushalts nicht mehr verfolgt wird!

Der noch amtierende OB samt Mehrheit des Stadtrates werden sich über diese Warnungen hinwegsetzen. Nach mir die Sintflut!! Es stellt sich für uns wirklich die Frage, ob die Finanzverwaltung bei diesen Aussichten überhaupt einen solchen Entwurf mit gutem Gewissen vorlegen kann. Alle Parteien und vor allem die OB-Kandidaten haben sich für einen Neuanfang ausgesprochen, heute wird wohl das vom alten Stadtrat festgelegte Investitionsprogramm beschlossen. Ob das die Bürger verstehen?

Noch einmal zum Thema Verkehrslandeplatz! Eine Stadträtin hat gefragt: Was können wir dieser in diesem Zusammenhang im Gespräch stehenden Firma im Landkreis noch Gutes tun, um sie in Sachen Verkehrslandeplatz Kitzingen mit ins Boot zu holen? Wir von der KIK sind der Auffassung, dass es die vornehmste Aufgabe der Kommunalpolitik ist, den Bürgern unserer Stadt Gutes zu tun, wenn nicht das Beste. Um das herauszufinden, was das sein sollte, wäre es u.E. das folgerichtig, zumindest diejenigen ernsthaft im Vorfeld zu fragen, von denen dies überwiegend finanziert wird, nämlich die Bürger unserer Stadt.

Der hierfür gangbare Weg über einen Bürgerhaushalt, wie er schon in über 40 Städten in Deutschland erfolgreich praktiziert wird und bei den Beteiligten eine gute Akzeptanz gebracht hat, ist bestimmt erfolgreicher für die zeitnahe Umsetzung als die seit geraumer Zeit praktizierte Unart der lapidaren in Kenntnissetzung der Bürger nach der Beschlussfassung. Dieses Erfolg versprechende alternative Vorgehen über einen Bürgerhaushalt, bei dem die Bürger einer Stadt die notwendigen Maßnahmen direkt mitbestimmen können, ist im vorliegenden Investitionsprogramm 2008 – 2010 nicht erkennbar. Deswegen kann von Seiten der KIK, die in der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung ihre politischen Hauptziele sieht, der Haushaltssatzung 2008 nicht zugestimmt werden.

Wir danken der Finanzverwaltung für ihre gute und ehrliche Arbeit und ihre kritischen Anmerkungen und Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Popp

Haushaltsrede der Ausschussgemeinschaft ödp zum Haushalt 2008

Den enormen Risiken, wie sie der Kämmerer für die künftigen Haushaltsjahre beschreibt, hat aus unserer Sicht das Gremium zu wenig Rechnung getragen. Um auf der sicheren Seite zu sein und einen verantwortungsvollen Umgang der uns anvertrauten Steuergelder zu pflegen, müssten wir Maßnahmen verschieben oder gegebenenfalls ganz zurücknehmen. Statt dessen gilt ganz offensichtlich das Motto: „Augen zu und durch“.

Insbesondere die Folgenutzung des ehemaligen Militärflugplatzes hat eine große Auswirkung auf unseren Haushalt. Transparenz und Offenheit und die Beantwortung aller offenen Fragen sind von enormer Bedeutung und Wichtigkeit.

Eine umfassende Informationsbeschaffung und Gespräche mit Entscheidungsträgern hat uns verdeutlicht, dass der Stadtrat in Sachen Verkehrslandeplatz nicht nur ungenügend, sondern größtenteils falsch informiert wurde.

Leider ist die Mehrheit im Stadtrat nicht bereit, die Realität zu akzeptieren. Weiterhin werden Zeit, Steuergelder und sonstige Aktivitäten für den Bau des Luftschlosses „Verkehrslandeplatz“ verwendet, anstatt sich auf das Machbare zu konzentrieren.

Investitionskosten und Folgekosten in Millionenhöhe werden verschleiert. Informationen nicht nur dem politischen Gremium, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern vorenthalten. Je nach dem Ergebnis der Belastbarkeitsmessung der Landebahn liegen die Kosten für die Instandsetzung dieser Bahn bei rund zwei Millionen Euro. Die von CDM genannten 20.000 Euro für ein sog. Verfüllen der Fugen dürften wohl nur ein Wunschgedanke sein.

In unserem Haushalt werden nur die kurzfristig notwendigen Anschubkosten für 2008 eingestellt. Die weiteren Kosten belaufen sich je nach Gutachten zwischen 1.330.000 € (CDM) und über 18,65 Mio (D&S). Haushaltsmäßig ein gewaltiger Unterschied. Die jährlichen Folgekosten sind nicht berücksichtigt.

Die Entscheidung, ob Verkehrslandeplatz oder Sonderlandeplatz geht alle an. Fehlende Transparenz und Offenheit sind hier fehl am Platz und führen unnötigerweise zu einem Vertrauensverlust.

Die Kosten für das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK), vergeben an Drees & Sommer, belaufen sich mit der im Haushalt 2008 eingestellten Summe auf rund eine halbe Million Euro. Über die Notwendigkeit, neben Drees & Sommer zum jetzigen Zeitpunkt ein **Projektmanagement** an eine weitere Fremdfirma zu vergeben, kann man geteilter Meinung sein. Nicht akzeptabel ist jedoch die ohne Legitimation des Stadtrates erfolgte Vergabe dieses Auftrages, die von der Mehrheit des Stadtrates im Nachhinein kritiklos abgesegnet wurde.

Die Stadt Kitzingen verfügt über ein qualifiziertes und ausgebildetes Personal. Aufgestockt wurde dieses durch die Neueinstellung von weiterem Fachpersonal. Es ist an der Zeit, die Vergabe von **Fremdleistungen** auf das unbedingt Notwendige zu begrenzen. Anstatt externe Berater in Anspruch zu nehmen, ist das vorhandene Potential der Verwaltungsmitarbeiter zu nutzen. Ebenso sind die vom Stadtrat bestellten Referenten stärker in die Entscheidungen mit einzubinden.

Dazu ist es notwendig und hier handelt es sich bekannterweise um eine Forderung aller Fraktionen und Gruppen, die **Verwaltungsstrukturen** und die derzeitige **Personalpolitik** auf den Prüfstand zu stellen. Der richtige effiziente Einsatz der Beschäftigten nach Kompetenz und Fachwissen macht sich in den Personalkosten wesentlich bemerkbar. Die Delegation von Entscheidungen von oben nach unten ist eine wichtige Voraussetzung zur Arbeitsbewältigung und Mitarbeiterzufriedenheit, was sich auch auf die Kosten in vielerlei Hinsicht auswirkt. Es kann beispielsweise nicht angehen, dass ein Baudirektor sich mit den Aufgaben eines Sachbearbeiters befassen muss.

Die Verwaltungsabläufe, insbesondere im Hinblick auf den internen Schriftverkehr und die internen Verrechnungen sind konsequent zu durchforsten.

Wir wollen keine Personaleinsparung, sondern einen sinnvollen Einsatz des vorhandenen Personals.

Es kann auch nicht am fehlenden Personal liegen, dass Kitzingen im Gegensatz zu vielen Umlandgemeinden wenig Erfolg in der **Vermarktung der Baugrundstücke** aufweist. Liegt es daran, dass wir uns gleichzeitig mit zu vielen Projekten befassen, anstatt uns auf die wesentlichen Dinge zu konzentrieren?

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Nachfrage generell über den Grundstückspreis zu regeln ist. Leider sind wir von unserem Beschluss abgerückt, im Buddental Bauplätze zur Verfügung zu stellen, die sich auch Bürger mit einem geringeren Einkommen leisten können. Außerdem hat es sich gezeigt, dass sich die Mobilfunkanlagen in unmittelbarer Nähe der Bauplätze als ein Verkaufshindernis darstellen.

Daher sind wir mit unserem Engagement zum **Mobilfunk** auf dem richtigen Weg. Die ersten Erfolge haben sich bereits eingestellt. Es heißt nun, die Hausaufgaben zu erledigen, die uns der Bayer. Verwaltungsgerichtshof aufgezeigt hat. Notwendig ist es auch, weiterhin Mittel für eine umfassende Bürgerinformation bereit zu stellen. Auch hier sind die ersten Erfolge bereits spürbar.

Keine Erfolge können wir in der **Belebung unserer Innenstadt** verbuchen. Im Gegenteil! Wir brauchen uns nur umzusehen. So lange wir bereit sind, zum Stopfen von Haushaltslöchern Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ oder wie jüngst beschlossen, auf dem **Deuster-Gelände** zulassen bzw. diese Ansiedlung noch vorantreiben, sind wir keine Wegbereiter für eine attraktive Innenstadt. Wer so handelt hat den Blick für die Zukunft unserer Innenstadt verloren.

Die Anzahl der neuen Märkte, die wir seit mehr als 10 Jahren auf der „Grünen Wiese“ zugelassen haben, reicht allein für die Versorgung von mehr als 30 000 Einwohner. Die Einsicht, dass dieser Weg in die Sackgasse führt, ist nun hoffentlich bei allen Mitgliedern des Stadtrates angekommen. Stadtmarketing, Stadtplanung, Konversion und Tourismus müssen in einer Stabstelle zielgerichtet zusammengefasst werden. Diesen Appell richten wir an die Verwaltung und ganz besonders an den neuen Stadtrat.

Es ist auch an der Zeit, dass der Stadtrat die **Deuster-Keller** als ein einmaliges Kulturgut erkennt. Eine Vermarktung des Deuster-Geländes hängt eng mit dem Erhalt der Deuster-Keller zusammen. Es gibt genügend Beispiele und Anregungen, derartige Kulturgüter teilweise touristisch der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wer heute von einem erhaltenswerten Kulturgut spricht und andererseits einzig aus wirtschaftlichen Interessen heraus eine dem Erhalt der Keller gefährdende Vermarktung fordert, macht sich unglaubwürdig.

Dass die Deuster-Keller und weitere Außenbereiche heute unter Denkmalschutz stehen, ist dem Einsatz der 2. Bürgermeisterin, Frau Gold, zu verdanken, die in Eigenverantwortung die Denkmalpflege nach Kitzingen geholt hat. Durch die Unterschutzstellung kann nun verhindert werden, dass die Keller und Stollen, auch nicht in Teilbereichen, einem Verfüllen zum Opfer fallen.

„Frauenunion fordert ein neues Wohnkonzept“. **„Mehrgenerationenwohnen“** ist die neue Wohnform für die es gilt, sich einzusetzen. So steht es heute in der Main-Post zu lesen.

Nur leider waren die großen Fraktionen im Stadtrat nicht bereit, der Forderung der ödp zu folgen, auf dem Deuster-Gelände die Möglichkeiten einer solchen Wohnform zu schaffen.

Die **Wohnungspolitik** wird das große Thema der Zukunft sein.

Durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte und ihrer Familien hat sich für die Stadt Kitzingen und für den Stadtrat ein riesiges Arbeitsfeld aufgetan. Der Wohnungsbestand ist enorm gestiegen und wird künftig auch Einfluss auf unsere städtischen Wohnungen haben. Es ist daher dringend notwendig, das von uns bereits mehrfach geforderte Konzept zu erstellen, das uns Auskunft gibt, über die Bausubstanz, den Erhalt und über die Möglichkeiten der Modernisierung unserer städtischen Wohnungen, insbesondere im Hinblick auf einen senioren- und behindertengerechten Umbau. Wer sich in unserem Stadtteil Siedlung umgesehen hat, konnte feststellen, dass viele alte Bauten nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und Lebenssituationen entsprechen.

Die BauGmbH ist personell entsprechend ausgestattet. Die Erstellung dieses Konzeptes ist eine Aufgabe, die ohne Fremdvergabe erstellt werden kann und zeitnah dem Stadtrat vorzulegen ist.

Mit unserem Antrag, den der Stadtrat im zweiten Anlauf zugestimmt hat, die geplanten Spielplätze im Buddental und am Hammerstil als **generationsübergreifende Kommunikationsplätze** zu gestalten, sind wir auf dem richtigen Weg. Die im Haushalt eingestellten Mittel sind durch die geänderte Beschlusslage zukunftsorientiert und sinnvoll eingesetzt.

Unseren älteren Mitbürgern muss nach unserer Ansicht entschieden mehr Beachtung zuteil werden. Dies bedeutet, dass ähnlich einer von uns mehrfach angeregten Familienverträglichkeitsprüfung alle bedeutenden Entscheidungen des Stadtrates den **Bedürfnissen der Senioren** gerecht werden.

Ein großes Anliegen der ödp war es schon immer, im Stadtteil Siedlung eine Anlaufstelle für **Jugendliche** zu errichten. Für erfolgreiche Präventivarbeit ist die Verwirklichung dieser Anlaufstelle für die Jugendlichen in der Siedlung ein wichtiger Baustein. Neben den vorhandenen dezentralen Treffs halten wir es abrr für erforderlich, dass darüber hinaus, für alle Jugendliche der Stadt ein Jugendkommunikationszentrum geschaffen wird

Als notwendig erachten wir auch, den **Bahnhofsvorplatz** verkehrstechnisch und verkehrssicher zu gestalten. Keine Zustimmung erteilen wir zu der vorliegenden Planung, die Parkplätze im südlichen Bereich anzusiedeln. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, die Parksituation im nördlichen Bereich zu regeln. Unser Eindruck ist, dass mit der Deutschen Bahn bisher nicht intensiv genug verhandelt wurde.

Im gesamten Verfahren beanstanden wir zudem die mangelnde und umfassende Bürgerinformation und die Beachtung und Akzeptanz der Bürgerinteressen. Die Folge ist der Bürgerantrag zum Erhalt der Schrebergärten. Bis zum Abschluss des Verfahrens sind jegliche Planungen, die mit den Schrebergärten in Verbindung stehen, einzustellen und diesbzgl. Kosten zu vermeiden.

Ein wichtiges Anliegen unseres Leitbildes ist es, auf die Minimierung der **Energie-** und des **Ressourcenverbrauchs** zu achten.

Um die Zukunft unserer LKW und die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter zu sichern ist es wichtig, in der Energiegewinnung und der Energieversorgung gemeinsam mit der Stadt neue Wege zu gehen. Es ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch zwingend erforderlich, sich von der Abhängigkeit der großen Energieversorger zu lösen. Es gibt genügend Möglichkeiten: Blockheizkraftwerke, Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Gewerbebetriebe (alleine das Logistigzentrum Netto hat ca. 4,4 ha ungenutzte Dachfläche). Unsere LKW muss die Chancen erneuerbarer Energien nur nutzen. Wir brauchen uns nur umzusehen und den Beispielen anderer Städte folgen und entsprechend handeln.

Fortschritte, Innovationen und sinnvolle Investitionen werden wir von der ödp immer unterstützen. Wir setzen unser Augenmerk aber besonders auf die vielen kleinen Maßnahmen, wie dem sinnvollen Nutzen, Ergänzen und Bewahren des Vorhandenen und der Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger **aller Generationen**.

Nicht nur aufgrund der unsicheren Haushaltslage würden wir uns etwas mehr Bescheidenheit, Rückbesinnung und insbesondere mehr Mut zu neuen Wegen wünschen.

Wir stimmen dem Haushalt 2008 zu, mit dem Wunsch und der Hoffnung, dass der neu gewählte Stadtrat die eingangs genannten Risiken und Unwägbarkeiten erkennt und bereit ist, die eingeschlagenen Wege neu zu überdenken und ggf. neu entscheidet. Es ist notwendig, den Blick für das Notwendige und Machbare zu schärfen. Wünschenswertes lässt unsere Haushaltslage nicht mehr zu.

Unser Dank gilt allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihren Einsatz zum Wohl unserer Stadt beitragen.

Ausschussgemeinschaft
Andrea Schmidt
Heidemarie Gold